Nr. 2 . Juni 99 . 48. Jhg.

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift . In Ffm gratis, auswärts 5 Mark

KOSO-WARS

THEMENHEFT

Infoladen
Kohlgarten Str. 3, 04277 Leipzig
Tel.: 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 04

WENN IHR GEWISSEN TÄGLICH ZU 120 % BEANSPRUCHT WIRD

- ✔ *verantwortungssicher*
- ✔ *interventionsgerecht*
- ✔ *flüchtlingsresistent*

editorial 3

Kosov@/NATO 5
Ökonomie des Krieges und der Kommunikation

Warum Bielefeld nicht zwischen Bagdad und Belgrad liegt 12
Grüne Kriegsgewinnler und die Neue Linke

Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance 16

Antikriegsbewegung in Jugoslawien 24

Nachrichten aus Budapest 26
8. April 1999

Mauer mitten im Meer 28

GRENZCAMP 99 30
Aufruf zu antirassistischen Aktionen im Dreiländereck BRD-Polen-Tschechien vom 7. bis zum 15. August 1999

Reaktionen aus dem Rechtsextremismus 32

Über die Verwandlung von »Asylanten« in »Flüchtlinge« durch den Krieg und ihre künftige Rückverwandlung 33

impressum 35

editorial

(Frankfurt am Main) Ende Mai wurde beim Start einer Maschine vom Frankfurter Flughafen ein Flüchtling aus dem Sudan, der sich gegen seine Zwangsabschiebung zur Wehr setzte, von Grenzschutzbeamten getötet.

(Zürich/Kamerun) Rund 20 Passagiere haben auf einem Swissair-Flug nach Kinshasa einen gefesselten Asylbewerber befreit, der daraufhin in die Schweiz zurückkehren konnte und auf freien Fuß gesetzt wurde, da seine Abschiebehaft abgelaufen war. »Der Mann, der hinter einem Vorhang plaziert worden war, hatte durch Schreien auf sich aufmerksam gemacht.« Bei einer Zwischenlandung in Kamerun rissen die Passagiere »den Vorhang weg, schlugen und traten auf die Schweizer Polizisten ein und befreiten den jungen Mann.« (*FR*, 29.5.1999) In der Schweiz werden Linke oder BürgerrechtlerInnen auch »die Netten« genannt.

Solche netten Taten nach dem Motto »Gewalt Sehen Helfen« sind leider selten. Während der letzten Wochen wurde im allabendlichen *Brennpunkt* eher über die Gerechtigkeitsquote des Krieges ›da unten‹ philosophiert. Flüchtlinge tauchten in der kollektiven Erzählung nur als Argument für die moralische Legitimität der Bombenangriffe auf.

Obwohl nach mehr als 70 Tagen NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien für jeden sichtbar ist, daß die Zerstörung der Infrastruktur und die Verwüstung des Landes verheerend ist und die Rückkehr der Flüchtlinge nicht durch die Bombardierung Jugoslawiens erreicht wurde, ist die Kritik der KriegsgegnerInnen, daß die Folgen des Dauerbombardements offensichtlich im eklatanten Widerspruch zu ihrer moralischen Begründung – der Durchsetzung von Menschenrechten – stehen, wirkungslos geblieben. Eine große linke Antikriegsbewegung ist nicht entstanden. Das hat wohl auch damit zu tun, daß die vorherrschende Begründung, dieser Krieg werde für Menschenrechte geführt, auch vielen, die sich selbst als Linke begreifen, einleuchtet. Die Einbruchstelle für den moralisch aufgeladenen Diskurs der KriegsbefürworterInnen ist die Grundüberzeugung der Neuen Linken, daß Widerstand gegen staatliche Unterdrückung und Gewalt gerechtfertigt sei. Hier knüpft die offizielle menschenrechtliche Begründung für den »Krieg der Achtundsechziger« (siehe ***Warum Bielefeld nicht zwischen Bagdad und Belgrad liegt***) an, die nach dem einfachen Schema von sich befreienden Unterdrückten (= gut) und staatlichen Unterdrückern (= böse) funktioniert. Ist dieses Schema erst einmal durchgesetzt, kann den KriegsgegnerInnen auf der moralischen Ebene Paroli geboten werden. Der Konflikt ist auf eine zweiwertige Dumpfbacken-Alternative gebracht: entweder Unterstützung der NATO-Angriffe oder Unterstützung Milosevics.

Eine wirkungsvolle Kritik der herrschenden Kriegslegitimation, die nicht in diese Falle tappt und die Komplexität der ökonomischen und machtpolitischen Ursachen angemessen beschreibt, ist der Antikriegsbewegung nicht immer gelungen. Die von *diskus* und der Internet-Zeitschrift *com.une.farce* am 18. Mai im BCN-Cafe der FH durchgeführte Veranstaltung »KosoWars« (siehe *diskus* 1/99), war ein Versuch, die Bedingungen linker Politik im veränderten gesellschaftlichen Koordinatensystem der Republik zu bewerten und Möglichkeiten einer antinationalen und antimilitaristischen politischen Praxis auszuloten. In diese *diskus*-Sonderausgabe fließen nun u.a. Texte der Referenten ein. Der auf der Veranstaltung gezeigte Film über jugoslawische Oppositionsgruppen (siehe dazu auch ***Antikriegsbewegung in Jugoslawien***, ***Nachrichten aus Budapest***), dient zur Bebilderung des Hefts.

Eine gängige Kritikstrategie gegen diesen »in the name of love« geführten Krieg war der Verweis auf *die* Interessen der NATO. Die kriminalistische Suche nach dem Motiv endet jedoch oft in eindimensionalen Erklärungen. Dies wird der Dynamik und gegenseitigen Wechselwirkung der von den verschiedenen NATO-Ländern verfolgten Politik nicht gerecht, da diese Mächte eben auch um Einflußsphären konkurrieren (siehe ***Kosov@/NATO***). Auch eine Gegenüberstellung von ›wahren Interessen‹ und (ideologischen) Menschenrechten, die nur zu Legitimationszwecken vorgeschoben werden, greift zu kurz.

Daß eine bestimmte Form der Durchsetzung und institutionellen Etablierung von Menschenrechten durchaus identisch mit dem Hegemoniestreben von Staaten sein kann, wird in dem Artikel »Bestialität und Humanität« (*DIE ZEIT*, 29.4.1999) von Jürgen Habermas deutlich, der als konzeptiver Ideologe der Neuen Mitte aus der Zivilgesellschaft heraus einen »Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral « führt. Auch Habermas, der den NATO-Krieg – auch ohne UN-Mandat – im Namen der Menschenrechte legitimiert, wird, wie die grünen Bauchschmerzkrieger, angesichts der verheerenden Realität dieses Krieges von Zweifeln gepeinigt. Aber die müssen zurückgestellt werden, denn letztlich könne dieser Krieg ein »Vorgriff auf einen künftigen kosmopolitischen Zustand« sein und der Etablierung eines »Weltbürgertums« dienen. Aber solange es noch nicht zu einer »durchgreifende(n) Verrechtlichung internationaler Beziehun-

gen« gekommen sei, könne sich »die Grenze zwischen Recht und Moral« verwischen. Die Unfertigkeit dieses Zustandes erfordere eine besondere »Sensibilität«, die Selbstermächtigung der NATO dürfe nicht zum Regelfall werden. Daher setzt Habermas in diesem Krieg auch nicht auf die USA, die die »Durchsetzung der Menschenrechte als nationale Mission einer Weltmacht« betreibt und »dieses Ziel unter den Prämissen der Machtpolitik verfolgt«. Durchsetzen können dies allein die Europäer, da sie »unter Politik der Menschenrechte eher ein Projekt der durchgreifenden Verrechtlichung internationaler Beziehungen [verstehen], das die Parameter der Machtpolitik schon heute verändert.« Habermas' Hoffnung, daß die Vernunft mit Hilfe europäischer (und amerikanischer) Bomben durch den Schmutz und das Elend des Krieges hindurch letztlich doch zu ihrem Recht kommt, war die Vorlage für die rot-grünen Regierungsverlautbarungen, in denen ständig darauf verwiesen wurde, daß nur die Teilnahme der geläuterten Neuen Linken am Krieg eine ›humane‹ und menschenrechtlich korrekte Lösung sichere (siehe dazu auch ***Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance***).

Der Verlauf des Krieges macht deutlich, daß beim Kampf um Menschenrechte auch die Konkurrenz um die Macht in Europa ausgetragen wird. Anfang Juni hat die NATO den Krieg zwar gewonnen, das vor allem von den USA angepeilte Ziel, Jugoslawien allein und ohne UN-Mandat zu besetzen, ist jedoch fehlgeschlagen. Anders als die Amerikaner und Briten, die vor allem der Macht ihrer Waffen vertrauten, forcierten die Europäer die Wiedereinbindung Rußlands und die Rückbindung des NATO-Einsatzes an die UN. Nur so konnte (wenn vielleicht auch nur vorläufig) die Position der mehrheitlich von Sozialdemokraten (und Grünen) regierten Europäischen Union gestärkt werden. Die europäische Verhandlungslösung konnte von Schröder und Fischer auf dem Kölner EU-Gipfel als ›die Lösung der Vernunft‹ und ›wahre Friedenpolitik‹ präsentiert werden. Gleichzeitig kommt es zu einem erneuten Versuch der EU, unter Führung Deutschlands und Frankreichs, eine unabhängige militärische Macht aufzubauen. In Köln wurde die Integration des europäischen Verteidigungsbündnisses WEU in die EU und die Schaffung einer eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine verstärkte Aufrüstung beschlossen, um die Abhängigkeit der Europäer von den USA in den Bereichen Logistik, Überwachung und Transportwesen zu verringern. So tragen die offiziellen Erben der neuen Linken mit dem Krieg für Menschenrechte zur Stärkung der Hegemoniebestrebungen eines selbstbewußter gewordenen Kontinentaleuropas bei, das in einigen Jahren in der Lage sein will, auch ohne Hilfe der USA seine Interessen militärisch durchzusetzen.

Während die Rede von Flüchtlingen derzeit noch zur Legitimierung der Militäreinsätze in Jugoslawien dient, werden die EUropäischen Grenzen immer undurchlässiger. Zugleich wird in der Berliner Republik Hetze gegen unerwünschte MigrantInnen – als »kriminelle fundamentalistische Ausländer« – geführt, vor denen »die Deutschen zu schützen« seien. Gewaltsame Abschiebungen können in der Regel ohne große öffentliche Irritationen durchgeführt werden. Es gelten offenbar verschiedene praktisch-diskursive Kopplungen: ›Flüchtlinge – Menschenrechte – humanitäre Intervention‹ beim Militäreinsatz und ›Asylanten – deutsche Sicherheit – Abschiebungen‹ für das staatliche Grenzregime (siehe auch ***Von der Verwandlung von »Asylanten« ...***).

Wie können angesichts des Zynismus der geläuterten 68er, die für sich in Anspruch nehmen, für Menschenrechte und Emanzipation zu stehen, linke Politiken die Normalität ethnischer Zuschreibungen – Deutsche und Ausländer, Kosovaren und Serben – stören? Nötig ist sicher Informationsaustausch und die Vernetzung von antinationalen und antirassistischen Gruppen in Europa und anderswo (siehe etwa ***Mauer mitten im Meer***). So arbeiten u.a. die *Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen* und die Kampagne *kein mensch ist illegal* an Selbstorganisation, Öffentlichkeitsarbeit und der Störung staatlicher Grenzregulierungen. Das Verhältnis der EUropäischen Staaten zu den Zuständen in Jugoslawien ist dabei nicht erst seit dem Kosovo-Krieg aktuell: So bildete sich während des letztjährigen Camps an der deutsch-polnischen Grenze eine Demonstration anläßlich der Verfolgungsjagd eines Kleinbusses durch den BGS, bei der sieben Flüchtlinge aus dem Kosovo ums Leben kamen; einige der schwer verletzten Überlebenden wurden später aus dem Krankenhaus nach Tschechien abgeschoben. Auch dieses Jahr findet wieder ein sommerliches Grenzcamp (siehe ***Grenzcamp 99***) statt. Zur aktionsreichen Teilnahme und weiterführenden Diskussion rufen wir hiermit auf. Camp!

Redaktion diskus

Die Redaktion *diskus* lädt ein zur Debatte und öffentlichen Heftkritk der Nummern 1/99 und 2/99 am Mittwoch, den 14. Juli 1999, um 20 Uhr, Raum 106 im Studierendenhaus.

Kosov@/NATO

Ökonomie des Krieges und der Kommunikation

Wenn ich die Meinungsäusserungen und Wortwechsel über den Krieg der NATO gegen Jugoslawien und der jugoslawischen Führung gegen die albanische Bevölkerung Kosov@s auf verschiedenen e-mail-Verteilern sowie in persönlichen Gesprächen mit Leuten mitverfolge, fällt mir auf, wie verunsichert viele sind. Es scheint vielen AktivistInnen Schwierigkeiten zu bereiten, die elementarsten Prinzipien einer tradierten linksradikalen Politik in eine Zeit hinüberzuretten, in der ein Krieg nicht mehr so einfach als imperialistisch/antiimperialistischer – hier böse ImperialistInnen, dort tapfere BefreiungskämpferInnen – gedeutet werden kann. Es scheint mir, dass nicht die Prinzipien selber aufzugeben sind. Nach wie vor sollen Menschen und ihr gelebtes Leben vor der grossen Politik stehen. Nach wie vor geht es darum, gegen Angriffe auf unsere Autonomie solidarischen Widerstand zu entwickeln, ohne Unterschiede unter uns einzuebnen. Nach wie vor gilt es, diskursive Ablenkungsmanöver zu durchschauen und eine Analyse im Verständnis von ökonomischen und sozialen Machtmechanismen zu verankern. Es sind eher weniger bewusste Eigenheiten linker und autonomer politischer Praxis, die eines Überdenkens bedürfen.

Gegen die Ethnisierung!

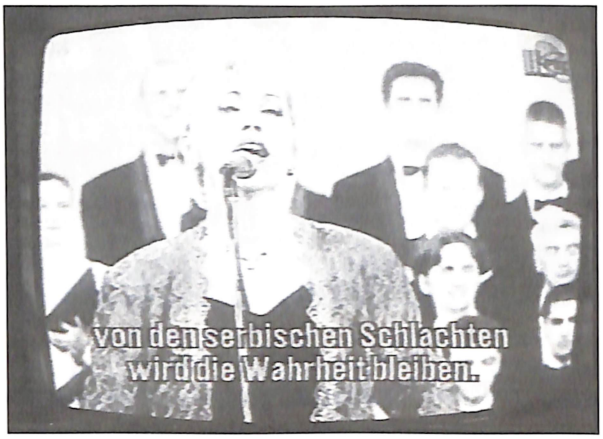
Der Reflex antiimperialistischer AktivistInnen, als »Befreiungsbewegungen« wahrgenommene Unabhängigkeitsbestrebungen als legitim und unterstützenswert zu sehen, scheint etwa im Falle des Kosov@ in die Enge zu führen. Vielleicht hat der Wunsch nach einer Identifikationsmöglichkeit mit den Feinden eines gewieften und rücksichtslosen Machtpolitikers wie Slobodan Milosevic die einen dazu geführt, während einiger Zeit vor der tendenziell rassistischen, jedenfalls auf »ethnischer« Trennung beruhenden Stossrichtung einer UCK (Kosova-Befreiungsarmee) die Augen zu verschliessen. Andere haben angesichts der allgemeinen Verunsicherung zum Thema lieber geschwiegen. Die ersteren, zu denen ein Teil der Redaktion des Info Internationals auf *Radio LoRa* in Zürich gehört, hatten zumindest das Verdienst, sich zu einer Zeit um die Geschehnisse in Kosov@ zu kümmern und Diskussionen dazu anzutreten (auch im direkten Kontakt mit UCK-Leuten in Zürich), zu der die UCK anderen Medien nur ab und an eine Schlagzeile wert war. Als der NATO-Angriff begann und klarer wurde, wie sich die UCK vorerst bedingungslos für NATO-Strategien zur Verfügung stellt, nahmen das einige der frühen Befürworter einer Solidarität mit der UCK zum Anlass, ihre Position kritisch zu überdenken. Andere liessen sich, auch wenn sie üblicherweise gegenüber Staat und Medien sehr kritisch waren, auf die Rede von der Verhinderung einer »humanitären Katastrophe« ein, also auf die von der NATO aller Wahrscheinlichkeit nach eingeplanten Sachzwänge und die angebotenen Scheinlösungen. Richtiggehend schockiert war ich über die machistischen und aggressiven Reaktionen mancher westeuropäischer und US-amerikanischer Net-AktivistInnen (z.B. auf dem *nettime*-Verteiler) auf e-mail-Tagebücher, in denen JugoslawInnen aus persönlicher Anschauung über die Bombardierungen Belgrads, Novi Sads und Kraljevos berichteten – auch wenn ich durchaus die propagandistische Verwertbarkeit solcher persönlicher Zeugnisse sehe. Damit möchte ich aber so umgehen, dass ich sie zu kontextualisieren versuche, und nicht so, dass ich sie unterdrücke. Vielleicht aufgrund der Verunsicherung, plötzlich auf ungewohnt unvertrautem Terrain politisch argumentieren zu müssen, versteifen sich einige der Net-AktivistInnen auf eine Anti-Milosevic-Haltung, die in ihrer Nachlässigkeit in anti-serbischen Rassismus umschlägt. Dass umgekehrt eine Gruppe mit einer bereinigteren politischen Position wie der Revolutionäre Aufbau Schweiz es schafft, ein Flugblatt gegen den NATO-Krieg zu schreiben, ohne mit einem Wort die vor Milosevics Feldzug flüchtenden Flüchtlinge zu erwähnen, sollte vielleicht nicht erstaunen. Auch diese Position beruht auf einem (im letzteren Fall wohl taktisch) vereinfachten Verständnis von Imperialismus –

Tusovka

a rendez-vous of political ideas, analyses and experience . . . and more.

Pilot Issue

Web-pages: www.savanne.ch/tusovka/welcome.en.html
e-mail (to contact editors): tusovka@artamis.org
The articles of Tusovka can be ordered by e-mail. To receive the table of contents and further instructions on how to order other articles, send an e-mail to majordomo@zamir.net containing the command: get tusovka 0-contents-en.txt



wieder gibt es nur einen Bösen, auch wenn das diesmal nicht Milosevic, sondern die NATO ist, und implizit die Kosov@-AlbanerInnen, die mit der NATO kollaborieren. Mir scheinen alle diese Stellungnahmen auf eine Schwachstelle in unserer politischen Praxis hinzuweisen. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungsprozessen im Kosov@, die auf die Komplexität ökonomischer und machtpolitischer Ursachen eines sozialen Konflikts und auf die von verschiedener Seite bewusst betriebene Ethnisierung des Konflikts verwiesen hätte, habe ich bisher nur in Ansätzen und in kleinerem Rahmen mitbekommen.

Die »vollendete Tatsache«, für deren Verwirklichung sich Slobodan Milosevic, Hans-Dietrich Genscher, die UCK-Führer (aber auch Ibrahim Rugova

auf seine sanftere Tour) je aus eigenem Antrieb jahrelang ins Zeug gelegt haben, nämlich die Wahrnehmung, dass der Konflikt auf jahrhundertealten »ethnischen« Fehden beruhe und dermassen tief in den Knochen sitze, dass kein Zusammenleben möglich sei, wird weithin akzeptiert. Angesichts des erdrückenden Gewichts der »Geschichte« bliebe dann auch aus linker Sicht nur ein Aufruf übrig, die »ethnische« Trennung – als Entschärfung des schwelenden Konflikts – auf dem friedlichen Weg über Verhandlungen herbeizuführen. Dies wurde für Bosnien durch das Dayton-Abkommen vorexerziert. Nur, dass die im US-gesponserten Abkommen vorgesehene »ethnische« Trennung, da sich Leute nicht freiwillig verschieben lassen, nicht ohne gewalttätige Umsiedlungen bzw. Massaker auskommen konnte. »Srebrenica« war in diesem Sinne eine Voraussetzung für die Realisierung von Dayton, gewissermassen Teil des Planes.

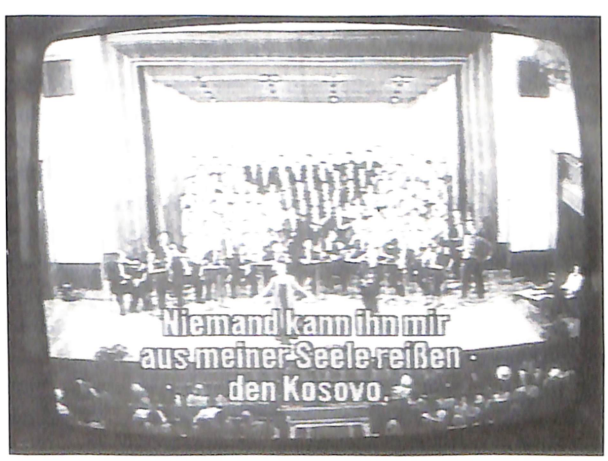
Es scheint mir unabdingbar, die Rede von einem »ethnischen« Konflikt zu durchbrechen und hierfür zum einen den (ökonomischen und machtpolitischen) Ursachen des Konfliktes nachzugehen. Zentral sind darin die hohe Verschuldung Jugoslawiens und insbesondere Serbiens und die Schuldeneintreibungspolitik des Internationalen Währungsfonds IWF sowie die daraus resultierenden Ausbeutungsstrategien der jugoslawischen Regierung und die sozialen Kämpfe gegen diese Ausbeutung. Zum anderen muß dabei den Mechanismen der Ethnisierung selbst und somit der Ablenkung von diesen Ursachen nachgegangen werden. Dies ist selbstverständlich einfacher in einem (westeuropäischen) Kontext, in dem die Leute einen gewissen Abstand zu den Geschehnissen haben, als im Umfeld derjenigen, die einem bereits »ethnisch« besetzten und definierten Angriff ausgesetzt sind und unmittelbar auf diesen zu reagieren und Überlebensstrategien dagegen zu entwickeln haben. Aber selbst in Jugoslawien, im Kontext des Krieges, gelingt es Einzelnen, konsequent so über den Konflikt zu sprechen, dass sie die Kriegslogik ad absurdum führen. Es gibt in (Ex-)Jugoslawien eine lange Tradition des Widerstands gegen von den Regierungen aufgezwungene »ethnische« Trennlinien – von den »Frauen in Schwarz« und Dienstverweigererinitiativen über e-mail-Verteiler wie die anarchistischen *ex-yu-a-lista* und *attack*[1] zu verschiedenen feministischen Gruppen. An diese gilt es anzuknüpfen, wenn wir eine Solidarität mit Leuten in Jugoslawien aufbauen wollen. Diese Solidarität ist möglich und bedingt keine Stellungnahme für die eine oder andere Kriegspartei. Im Falle von Kosov@ ist der Bezug auf existierende Projekte und Kontakte ein bisschen schwieriger als in Bosnien, da die Vernetzung zwischen Kosov@-AlbanerInnen und anderen JugoslawInnen weniger ausgebaut ist. Es scheint etwa in Kosov@ keine nach aussen sichtbare anarchistische Bewegung zu geben – in Bosnien, Kroatien und Serbien ein wesentlicher Stützpfeiler anti-nationalen Politikverständnisses. Trotzdem gibt es Kontakte, sei es in feministischen Kreisen, in der Friedensbewegung oder anderen Zusammenhängen. Gemeinsam mit Leuten aus diesen Zusammenhängen sehe ich die Möglichkeit, eine gemeinsame anti-nationale, »linke« Position zu entwickeln.

Es wäre insbesondere interessant, in einem gemeinsamen Prozess ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich, in der Schweiz, in Deutschland, in Jugoslawien, die Attraktivität verschiedener nationalistischer Diskurse, Mythen und Loyalitäten für die Leute konstruiert. Wie lassen sich bereits aufgebaute Gewissheiten verunsichern, die im Moment zur Frontenbildung und Legitimation für die NATO, die UCK und/oder Milosevic beitragen? Einige Ansätze zu Überlegungen in diese Richtung könnten einzelne Kapitel aus den *Materialien für einen neuen Antiimperialismus* Nr. 6 beitragen.[2] Diese Diskussion möchte ich gemeinsam mit Leuten aus Jugoslawien führen und dabei die Ängste und Hoffnungen der verschiedenen Leute ernst nehmen. Ich glaube, es ist einfach, auf die Gefahr verschiedener Legitimationsgebäude hinzuweisen, aber wesentlich schwieriger, sich mit diesen Fragen mit Leuten auseinanderzusetzen, die sich diese Legitimationsstrukturen unter dem Druck der Bomben und/oder Massaker (oft nur teilweise und gebrochen) angeeignet haben. Da die Legitimationsgebäude zu einer Überlebensstrategie gehören, muss es dabei auch darum gehen, in einem kollektiven Prozess unter radikalen/emanzipativen AktivistInnen neue Überlebensstrategien zu entwickeln, bzw. existierende Alternativen aufzuzeigen. Dieser Prozess bezieht sich nicht nur auf Jugoslawien und die Frontenbildung dort. Auch in gemischten (Ost-West) e-mail-Foren wie nettime oder syndicate ergibt sich eine Dynamik der Frontenbildung, die es zu verstehen und zu durchkreuzen gilt.

Das Reden über den Krieg

Im Versuch, den Krieg nach allen Seiten hin zu delegitimieren, scheint mir in einem ersten Anlauf nicht so sehr die »historische Wirklichkeit« im Vordergrund zu stehen, die akribisch recherchiert werden müsste, um der »Propaganda« die »Fakten« entgegenzuhalten. Wichtiger ist vielleicht erst einmal die taktische Frage der Abschätzung des Effektes eines Diskurses. Ich sage das nicht darum, weil mir historisches Verständnis unwichtig wäre, sondern weil meines Erachtens auch mit durchaus korrekten und bestätigten »Fakten« Propaganda betrieben werden kann – insbesondere kann ein Krieg durch Massaker legitimiert werden, die auch tatsächlich stattgefunden haben. Es schiene mir etwa gefährlich, auf die Wahrscheinlichkeit zu pochen, dass Massaker wie jenes in Racak gestellt sind. Eine Diskussion darüber kann nur im Zusammenhang mit den Anforderungen eines Medienkrieges interessant sein – eine Diskussion, die Motive für die Erfindung eines Massakers wohl herausschälen kann. Es lässt sich aber schlecht verhindern, dass die betonte Verneinung dieses oder anderer Massaker dem Diskurs derjenigen zugute kommt, die nichts davon wissen wollen, dass überhaupt Massaker begangen werden, und die damit die eine Seite im Krieg zum »Guten« oder zumindest »Unschuldigen« stilisieren will.

Viele der Argumente, die gegen den Krieg angeführt werden, haben so ihre Tücken. In einer weit verbreiteten Argumentation wird die jugoslawische Politik gegenüber Kosov@-AlbanerInnen mit den langjährigen Angriffen des türkischen Staates auf das Leben und die Identität der KurdInnen verglichen und gefragt, warum denn die NATO nicht die Türkei bombe, wenn ihr Menschenrechte so wichtig wären. Dieser Vergleich zwischen Kosov@ und Kurdistan nimmt in der Empörung darüber, dass die Türkei und Jugoslawien mit zweierlei Mass gemessen werden, das humanimilitaristische Legitimationskonstrukt der NATO ernst. Indem darauf hingewiesen wird, dass die Türkei ja nicht zerbombt wird, wird das vorgebliche Motiv der humanitären Intervention gleichzeitig in Frage gestellt und bestätigt. Trotzdem denke ich, dass Kurdistan in anderem Zusammenhang in die Diskussion eingebracht werden kann, ohne die angeführten Motive der NATO-Angriffe zu legitimieren. Nämlich indem das Interesse der Türkei, als NATO-Staat in



der Weltöffentlichkeit auf der Seite der »Guten« zu stehen – auf der Seite der WahrerInnen der Menschenrechte – hervorgehoben wird. Die Berichterstattung über die Bombardierungen der NATO lenkt unter anderem das Interesse der Öffentlichkeit ab von einer gigantischen Repressionskampagne des türkischen Staates gegen KurdInnen, die derzeit verschärft im Gang ist.

Auch der Verweis darauf, die NATO habe mit ihrem »autonomen Entscheid« zu einem Angriff auf Jugoslawien die UNO und die OSZE – die »legitimen Akteure« der Suche nach einer »friedlichen Lösung« – ausgeschaltet und somit gegen das Völkerrecht verstossen, birgt Gefahren. Ich meine damit nicht nur, dass es merkwürdig anmutet, aus einer autonomen, radikalen linken Position Strukturen zu verteidigen, die zur grossen Politik gehören. Es wäre vielleicht denkbar, pragmatisch davon ausgehend, dass diese Institutionen einen Gegenpol zur NATO bilden, sie gegen eine übermächtige NATO stark zu machen. Aber es ist eben nur beschränkt so, dass die UNO/OSZE einen Gegenpol zur NATO bilden, wie etwa die Spionagearbeit der OSZE-BeobachterInnen in Vorbereitung der NATO-Angriffe zeigt.[3] Zwar ergibt sich aus den Interessen der UNO-Eliten eine Strategie des »Überlebens«, des Machterhalts der UNO angesichts der ohne Rücksicht auf UNO-Kompetenzen begonnenen NATO-Angriffe, die etwa Kofi Annan anfänglich zu einer Verurteilung des Alleingangs der NATO veranlasste. Doch wenn die NATO-Kriegsführung zum Ziel hat, Jugoslawien (mit oder ohne Milosevic an seiner Spitze) gefügig zu machen, so verfolgt sie gleichzeitig die Strategie, den UNO-Managern zuerst den Meister zu zeigen und deren Auswahlmöglichkeiten einzuengen, um ihnen dann Angebote für eine erneute Teilnahme am Prozess zuzuschanzen – zu NATO-Konditionen. Kofi Annan jedenfalls scheint sich dem Spiel bereits zu fügen. So legitimieren die transnationalen Institutionen einander, trotz Machtkämpfen untereinander – und wirken wie in der altbekannten Arbeitsteilung des »good cop, bad cop« Duos (netter Bulle, böser Bulle) polizeilicher Einvernahmen vertrauenerweckend und drohend zugleich. Im soeben der Öffentlichkeit vorgestellten neuen NATO-Strategiekonzept ist ein mögliches zukünftiges Verhältnis UNO-NATO ausformuliert: die UNO soll ein für alle Male grünes Licht geben für NATO-Einsätze ausserhalb des NATO-Gebietes.

Auch die Rede von der Inkompetenz der EntscheidungsträgerInnen und der Verweis auf das Sexualleben des einen tragen zur Legitimation des Krieges bei, indem die Ereignisse entpolitisiert, zu einem Spektakel gemacht und die existierenden Interessen ausser Acht gelassen werden. Dass eine Eskalationsstrategie auch für die Eskalierenden nicht über die ganze Strecke der Ereignisse hinweg unter Kontrolle behalten werden kann, ist zu vermuten, und manche Folgen der NATO-Angriffe mögen ungewollt und sogar unerwartet gewesen sein. Sicher aber ist es nicht ein Scheitern der Diplomatie, das zum NATO-Angriff führte, sondern der Erfolg einer Eskalationsdiplomatie. Der unterdessen berühmtgewordene Annex B des Kosovo Interim Agreements[4] von Rambouillet, das die kosov@-albanische Führung aufgrund von Druck und Überzeugungsarbeit der US-Diplomatie unterschrieb, und der ganz Rest-Jugoslawien in ein NATO-Protektorat verwandeln sollte, war wohl nicht aus diplomatischer Inkompetenz so konzipiert, dass die jugoslawische Führung den Vertrag keinesfalls unterschreiben konnte.

Am ehesten gefällt mir das taktische Vorgehen jener, die behaupten, es gebe einen Vertrag zwischen Milosevic und NATO-VertreterInnen. Das braucht nicht den Tatsachen zu entsprechen und erhebt den Anspruch auch nicht wirklich. Wesentlich ist dabei, darauf hinzuweisen, dass Milosevic der Hauptnutzniesser der NATO-Angriffe ist, und dass die NATO, die KLA und Milosevic einander zur gegenseitigen Legitimation ihrer Kriegsstrategie brauchen, und dass alle drei Parteien in ihrem patriarchalischen Showdown gegen die serbische und albanische Bevölkerung wirken. Brillant auf den Punkt gebracht haben es Sprayer in Belgrad, die Boris Buden von Bastard/Arkzin wie folgt zitiert: »Slobo, du Clinton!«[5] Über das allgemeine Interesse an der Durchsetzung einer Kriegslogik hinaus lässt sich das gemeinsame Interesse der jugoslawischen Führung und der transnationalen Machtstrukturen, verkörpert durch William Clinton, auf deren Arbeitsteilung bei der Auspressung von Mehrwert aus der jugoslawischen Bevölkerung – zwecks Schuldentilgung – zurückführen.

Die Interessen an diesem Krieg

Es ist vielleicht ein grundsätzlich unbefriedigendes Unterfangen, den Beweggründen der »grossen Politik« für die Eskalierung des Konflikts in Kosov@ nachzuspüren. Was soll das Ziel dabei sein, mit Vermutungen und Indizien zu jonglieren? Jede Interpretation von Ereignissen trägt die Spuren ihrer Intention. Meine ist die, einen Diskurs auszukundschaften, der sich nicht auf »ethnische« Kriterien bezieht, sondern die Ethnisierung als Machtstrategie betrachtet, als Vehikel für handfestere Interessen. Die Suche nach dem kriminalistischen Motiv birgt wohl die Gefahr, in Verschwörungstheorien zu münden. Ich denke, dem (vielleicht) dadurch entgehen zu können, dass ich die Interessen (Motive) der verschiedenen Lager der »grossen Politik« als heterogen sehe, und zum Beispiel die NATO nicht als einen Block betrachte, sondern die Dynamik und gegenseitige Wechselwirkung der von den USA, Deutschland und anderen verfolgten Politik untersuche.

Diese Dynamik ergibt sich daraus, dass diese Mächte zwar gewisse gemeinsame Interessen haben, teils aber eben dieselben Interessen – im Sinne einer Konkurrenz um Einflusssphären. Ein starkes Motiv der USA, aber auch Hollands und Englands, ist die Erhaltung der NATO als hegemoniale militärische Macht. Für die USA ist das Hauptinteresse die Fortführung der US-amerikanischen Rolle als Schutzmacht der europäischen Nachkriegsordnung. Für Holland und England ist eine US-Präsenz wünschenswert als Gegengewicht zu deutscher (oder deutsch-französischer) Dominanz in EU-Strukturen. Deutschland und noch mehr Frankreich sind zwar am Fortbestehen der NATO interessiert, aber nicht als

Hegemonialmacht, die ihre machtpolitische Bewegungsfreiheit einschränkt, sondern als ein Bündnis unter anderen, neben europäischen Strukturen, die Europa unter der Führung Deutschlands und Frankreichs eine gewisse Autonomie von US-amerikanischen Interessen geben könnten.

Um die nach dem Kalten Krieg ganz und gar nutzlos gewordene NATO zu erhalten, braucht diese einen Krieg, in dem sie zeigen kann, dass sie gebraucht wird. Nun, das erklärt noch nicht, warum gerade gegen Jugoslawien. Hier unterscheiden sich wohl die Gründe der verschiedenen Mächte. Interessant ist in dieser Hinsicht, dass Deutschland nur in der deutschen Diskussion, allenfalls noch der deutschsprachigen in der Schweiz und Österreich, als Imperialmacht mit Drang nach Südosten wahrgenommen und beschrieben

wird. Die Investitionspolitik Deutschlands seit 1989 ist eher für ihre Ausrichtung auf russische Märkte bekannt, und für ein relatives Desinteresse, was den Balkan angeht. Ist die Betonung deutscher Imperialbestrebungen durch AktivistInnen in Deutschland geprägt von einer linksnationalistischen »Selbst«überschätzung? Oder ist umgekehrt ein Mangel an Informationen über die Hintergründe deutscher Aussenpolitik in anderen Sprachen für die deutschlandbezogenen Auslassungen in Diskussionen ausserhalb des deutschen Sprachraumes verantwortlich? Hinweise auf deutsche Interessen- und Machtspiele sind durchaus vorhanden. Weithin bekannt sind etwa die diplomatischen Initiativen eines Hans-Dietrich Genschers zur Anerkennung Slowenjens und Kroatiens, die der auf der Ethnisierung sozialer Fragen basierenden Machterhaltungsstrategie Milosevics (ungewollt?) eine wesentliche Unterstützung zukommen liessen. Schon in der ersten kriegerischen Phase der Zerschlagung des jugoslawischen Staatsgefüges war die Dämonisierung der SerbInnen begleitet von gemeinsamen Interessen der deutschen Aussenpolitik und der jugoslawischen Innenpolitik – ähnlich wie jetzt zwischen NATO und jugoslawischer Zentralregierung. Weniger diskutiert als die Genschersche Jugoslawienpolitik, aber immerhin in nicht-deutschen Medien auffindbar, sind Hinweise auf Unterstützung der UCK (Kosov@ Befreiungsarmee) in einer frühen Phase durch den Bundesnachrichtendienst BND und andere deutsche Geheimdienste und deren Bewaffnung gegen den Willen der US-amerikanischen CIA (Zentraler Nachrichtendienst).[6]

Die Eskalationsstrategie scheint jedenfalls in ihrer Endphase unter US-diplomatischer Führung gewesen zu sein. Ob die US-Regierung sich bloss unter den Sachzwängen der bisherigen deutschen Eskalationsbestrebungen veranlasst sah, das Ruder zu übernehmen und so allzugrosse EUropäische Autonomie abzuwenden, oder ob die USA aus ureigenen Interessen an einer Zerschlagung dessen, was von Jugoslawien übrigblieb, Schritte zu einer Verunmöglichung einer verhandelten Lösung unternahmen, wird wohl schwer zu eruieren sein. Auf jeden Fall ist die US-Regierung zur Einschätzung gekommen, ein Krieg unter NATO/US-Führung sei für die Wahrung ihres Einflusses besser als diplomatische Bestrebungen zur Entschärfung der von der deutschen und der jugoslawischen Politik vorangetriebenen Kriegsvorbereitungen.

Es scheint mir angebracht, für das Aufspüren der Interessen verschiedener Mächte von den beobachteten Folgen der NATO-Angriffe auszugehen und Überlegungen anzustellen, wer von diesen Folgen profitiert, wer sie eher widerstrebend akzeptieren dürfte und wer die Leidtragenden sind. Ich gehe nicht davon aus, dass jede einzelne Folge einer bewussten Strategie zugeschrieben werden kann, jedoch davon, dass die meisten Folgen sehr einfach abzuschätzen waren und deshalb im Sinne der einen oder anderen Akteure, unter den gegebenen Umständen, zur Attraktivität einer Eskalationsstrategie oder umgekehrt zu Skepsis gegenüber einer solchen Strategie beigetragen haben.

Zu den offensichtlichen Folgen der NATO-Angriffe, die es meines Erachtens in zukünftigen Diskus-

sionen zu untersuchen gilt, gehören (in zufälliger Reihenfolge):

• die politische Stärkung Milosevics und das Ausschalten jeder innerjugoslawischen Opposition; insbesondere erhält Milosevic, wie schon durch die vorherigen Kriege in Kroatien und Bosnien, eine zwingende Erklärung dafür, warum die der Bevölkerung in Aussicht gestellten verbesserten Lebensbedingungen nicht eingelöst werden – es ist schliesslich Krieg. Wenn ein Ausstieg aus dem gegenseitigen Dämonisierungsdiskurs gefunden werden kann, kann die bestätigte Machtstellung Milosevics eine regionale Ordnung vorbereiten, in der diesem von den NATO-Mächten eine neue Rolle als Mitgarant der regionalen Stabilität zu NATO- und IWF-konformen Konditionen angeboten werden kann.

• eine massive Provokation gegenüber der russischen Führung, die als Versuch eines Wiederbelebens der Politik des Zurückbindens (containment), die von der NATO/den USA zu Zeiten des Kalten Kriegs gegenüber Russland verfolgt wurde, interpretiert werden kann; dies könnte ein erster Versuchsballon sein, von dem sich die US-StrategInnen erhoffen, den Widerstand auf die anstehende US-Politik, der russischen Regierung ihre Einflusssphäre am Kaspischen Meer und im Kaukasus direkt streitig zu machen, abzusehen.

• die Befreiung Deutschlands aus der durch die Nachkriegsordnung aufgezwungenen militärischen Isolation durch den Tabubruch des Bundeswehreinsatzes gegen Jugoslawien; dies dürfte die allergrösste Motivation der deutschen Politik gewesen sein, im Rahmen der NATO auf einen Krieg in Jugoslawien einzusteigen. Nach dieser taktischen Verwertung hat die NATO als militärische Hegemonialmacht für Deutschland ihren Hauptdienst getan und kann, im Verein mit der französischen Regierung, nach Möglichkeit auf die Rolle eines Militärbündnisses unter mehreren zurückgestuft werden.

• die Bestätigung der Vormachtstellung der USA auch in der Europäischen »Sicherheits«politik durch die Führungsrolle, die die US-Regierung in den NATO-Bombardierungen eingenommen hat; dies kann jedoch leicht umschlagen in einen beträchtlichen Verlust US-amerikanischen Einflusses im Europäischen »Sicherheits«system, da Deutschland durch das Durchbrechen seiner militärischen Isolation unabhängiger geworden ist und sich so eher auf die französischen Angebote einer Zusammenarbeit im Rahmen einer Europäischen Militärallianz (z.B. der Westeuropäischen Union WEU) einlassen kann, und auch weil die NATO, insofern die Angriffe zu den angeführten Interventionsgründen relativ offen in Widerspruch treten, Gefahr läuft, diskreditiert zu werden, zum Leidwesen der USA und zur Freude der deutschen und französischen Regierungen.

• die Vertreibung von Hundertausenden von Leuten, vorwiegend Kosov@-AlbanerInnen, aus Kosov@, mit zwei weitreichenden Folgen: einer massiven Migrationsbewegung von Flüchtlingen in die Nachbarländer und mehr oder weniger kontrolliert in westeuropäische Länder als billige und extrem abhängige Arbeitskräfte; eine weitere Folge ist die Destabilisierung von Albanien und Makedonien, die diese Länder faktisch zu NATO-Protektoraten macht. Daneben kann davon ausgegangen werden, dass in der strategischen Kriegsplanung der NATO-Führung die Massenvertreibung von AlbanerInnen als Herzstück des eigenen kriegerischen Legitimationsdiskurses einkalkuliert war.

• ebenfalls in Verbindung mit den Massenvertreibungen, die Zerstörung der akkumulationsfeindlichen Subsistenzstrukturen (diesmal insbesondere der kosov@-albanischen Grossfamilien), die im Kontext der vergangenen jugoslawischen Bürgerkriege (vgl. *Materialien* Nr. 6) als wesentliches Kriegsinteresse der jugoslawischen Führung unter dem Druck der IWF-Programme identifiziert werden kann, und das sowohl im Interesse Milosevics wie auch der Westmächte.

• eine zumindest temporäre Schwächung der Europäischen Wirtschaft gegenüber der US-amerikanischen – sichtbar geworden durch den niedrigen Euro-Kurs im Vergleich zum US-Dollar; es dürfte US-Strategen nicht ungelegen kommen, vor den Toren EUropas Krieg zu führen und die Gefahren einer allfälligen regionalen Destabilisierung ihrer grössten wirtschaftlichen Konkurrentin und NATO-Partnerin aufzuhalsen.

• die Zerstörung eines beträchtlichen Teils der jugoslawischen Industrie und Infrastruktur, die, viel mehr als militärische Anlagen, das Ziel der Bombardierungen sind; der Wiederaufbau unter US-Regie über ausländische Kredite wird wohl Jugoslawien wirtschaftlich auf lange Zeit hinaus abhängig machen und zu Zinszahlungen verpflichten. Ähnlich wie in Kuweit dürfte die US-Regierung dank ihrer Führungsposition in den Kriegshandlungen US-Firmen aussichtsreich für Aufträge im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau positionieren.

• eine militär-keynesianistische Lösung von Teilen der Überproduktionskrise in den USA und in geringerem Ausmasse der EU durch die massive Zerstörung (den durch Steuern finanzierten »Konsum«) von Waffen; Nebeneffekt ist dabei eine gigantische Live-Waffenschau als staatlich subventionierte Werbung für die transnationalen Waffenkonzerne.

• ein erhöhter Druck auf Staatsregierungen in der Region, sich zu ihrer NATO-Kandidatur zu bekennen, und Testläufe der NATO-Loyalität; die bulgarische

„Wer das Nichtstun
ebenso wie die Arbeit
scheut, findet leicht
zum Buch."
Peter Brückner

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · Fax 069/7077399

Sie finden in der Karl Marx Buchhandlung **geistes- und sozialwissenschaftliche Literatur und Belletristik**. Alle lieferbaren deutschsprachigen Titel sowie englisch- und französischsprachige Literatur besorgen wir Ihnen in kürzester Zeit.

Regierung etwa wurde – so Kommentare in den bulgarischen Medien – nicht aufgrund eines kriegsstrategischen Nutzens um die Freigabe ihrer Flugschneisen für NATO-Flugzeuge angefragt, sondern um ihren politischen Willen zu testen, sich gegen den Willen der Bevölkerung demjenigen der Westmächte zu beugen.

- der Umstand, dass die Akzeptanz für eine Teilung oder Abspaltung Kosov@s, in absehbarer Zeit vielleicht auch Mazedoniens, international gewachsen ist; wenn man sich vergegenwärtigt, welches Argument für die Unabänderlichkeit der Staatsgrenzen angeführt wurde, nämlich die Angst, andere Minderheiten in Europa könnten dem Beispiel der Kosov@-AlbanerInnen folgen, so fällt auf, dass dieses Argument hinfällig wird, wenn der Preis für deren Unabhängigkeit derart hoch ist, dass potentielle NachahmerInnen gründlich abgeschreckt sein dürften. Dies bahnt den Weg für die Weiterführung der begonnenen Aufspaltung des Balkans nach »ethnischen« Kriterien, oder welche Kriterien auch immer den wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der Westmächte zugutekommen.

Zu erwarten ist ausserdem, dass es die NATO-Mächte nach der Schwächung Jugoslawiens und Makedoniens nicht darauf ankommen lassen, dass unter Führung der UCK oder anderer Kräfte Bestrebungen zu einem Grossalbanien hin zugelassen werden. Daher wäre es nicht überraschend, wenn die UCK im Krieg aufgerieben würde – zum Beispiel dadurch, dass sie als Bodentruppe der NATO aufgerüstet wird und gegen eine übermächtige jugoslawische Armee kämpfen muss. Albanien ist für die USA als unterwürfige und extrem abhängige Staatsregierung nützlich. Wenn jedoch eine selbstsichere kosov@-albanische Führung gestärkt aus dem Krieg hervorkommt und eine Unabhängigkeitsdynamik lostritt, liegt das nicht im Interesse der US-Regierung, die insbesondere Handelswege in der Region kontrollieren will und dazu ergebene Regierungen braucht.

So ist ein wesentlicher Grund, warum die mangelnde Gefügigkeit und Verlässlichkeit (aus westlich-imperialistischer Sicht) der jugoslawischen Führung so störte, der, dass für die Zukunft wesentliche Handelsrouten praktisch alternativlos durch Jugoslawien führen und so vom guten Willen der jugoslawischen Regierung abhängen. Die Wichtigkeit der Ost-West-Handelsrouten, für die Jugoslawien eben einen Drehpunkt bildet, ergibt sich aus den bereits erwähnten US-Interessen an einer Erweiterung der US-amerikanischen Kontrollsphäre bei gleichzeitiger Eindämmung des russischen Einflusses um das Kaspische Meer und den Kaukasus. Weiter gedacht, geht es auch um ein Wiederbeleben der alten Seidenroute bis nach China, mit dem wichtigen Detail, dass Russland umgangen werden soll, aber auch Alternativen zur türkischen Route geschaffen werden sollen, um der Türkei einen Teil ihrer strategischen Wichtigkeit zu nehmen.

Kessi@bitex.com

Die in diesem Artikel dargestellten Überlegungen zu einem möglichen Umgang mit dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien und demjenigen der jugoslawischen Führung gegen Kosov@-AlbanerInnen aus linksradikaler Sicht, und zur Möglichkeit eines Aufwertens ökonomischer Betrachtungen, sind skizzenhaft, unvollständig und zuwenig durchdacht, um direkt handlungsfähig zu machen. Sie sind denn auch eher als Denk- und Handlungsanstoss gedacht, als möglichen Ausgangspunkt für weitere Diskussionen und die Suche nach angebrachten Aktions- und Kommunikationsformen. Ich würde mich freuen, wenn LeserInnen, die Interesse haben, sich an einem solchen weiteren Prozess zu beteiligen, sich mit mir in Verbindung setzen würden.

Alain Kessi

Eine längere Fassung dieses Textes ist in der Internetzeitschrift *com.une.farce* No. 2 <www.copyriot.com/unefarce> erschienen.

[1] Beide e-mail-Verteiler können abonniert werden durch Senden einer e-mail an <majordomo@zamir.net> mit dem Befehl »subscribe ex-yu-a-lista« bzw. »subscribe attack« im Hauptteil der e-mail. Die Wortmeldungen sind vorwiegend in »der Sprache, die wir sprechen« gehalten, wie JugoslawInnen bisweilen die südslawische Sprache nennen, die unterdessen nach nationalistischen Interessen getrennt benannt wird, und ab und zu auch in Englisch.

[2] Ethnisierung des Sozialen – Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges, in: *Materialien für einen neuen Antiimperialismus*, Berlin/Göttingen 1993.

[3] Marcel Noir, Unser Mann in der OSZE, in: *jungle world*, 14. April 1999.

[4] Interim Agreement for Peace and Self-Government In Kosovo (Überbrückungsabkommen für Frieden und Selbstverwaltung in Kosovo), Rambouillet, Frankreich, 23. Februar 1999. Darin insbesondere Appendix B: Status of Multi-National Military Implementation Force (Status einer multinationalen militärischen Inkraftsetzungstruppe). Auf dem Web erhältlich auf <http://www.law.pitt.edu/kosovo.htm>.

[5] Boris Buden, The official Bastard(ARKZIN)-statement on the war in Yugoslavia – Saving Private Havel, 20. April 1999.

[6] Roger Faligot, How Germany backed KLA, in: *The European*, 21. September 1998.

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

UNI-BUCH

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag - Freitag 10.00 - 19.30 Uhr

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.

Warum Bielefeld nicht zwischen Bagdad und Belgrad liegt

Grüne Kriegsgewinnler und die Neue Linke

Wo bleibt der Widerstand gegen den Krieg, gegen den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit 1945? An spektakulären Anlässen, mehr oder weniger spontan den Protest auf die Straße zu tragen, hat es in den letzten zehn Wochen nicht gefehlt: Fast im Wochentakt lieferten die NATO-Bomber entsprechende Steilvorlagen, mit ihren unzähligen irrtümlichen und absichtlichen Treffern auf Züge, Busse, Flüchtlingstrecks, Brücken, Botschaften und Bulgarien, Tabakfabriken, Krankenhäuser, Fernsehsender. Die möglichen Kritiken gegen die Luftangriffe decken ein breites Spektrum ab, reichen von moralischen über juristische, antiimperialistische und demokratische bis zu ängstlich-wohlstandschauvinistischen und strategischen Argumenten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Ein vermintes, zerbombtes und durch angereichertes Uran verseuchtes Kosovo wird nur für solche Flüchtlinge verlockend sein, denen einzig die Perspektive geboten wird, in albanischen und makedonischen Lagern die Tage zu zählen; die Tickets in den Westen bleiben strikt kontingentiert. Daß ohne den Schutzschild aus NATO-Bomben die jugoslawischen Milizen und Freischärler im Kosovo im gleichen Maße geraubt, verjagt und getötet hätten, ist notgedrungen Spekulation; positive Sanktionen, etwa die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft, standen zu keiner Zeit auf dem Programm, und die im letzten September vereinbarte internationale Beobachtergruppe erreichte niemals ihre Sollstärke, aus Geldmangel. Wie sich eine Opposition in Jugoslawien ohne Massenmedien formieren soll, bleibt das Geheimnis der NATO. Die ethnische Differenz ist den Menschen faktisch in den Leib gebombt, und den inzwischen fallengelassenen Auschwitzvergleich bejohlen die Vertriebenenverbände. Mit der praktischen Durchsetzung der neuen NATO-Aufgaben haben sich die Spielregeln im internationalen System drastisch erweitert. Japan änderte seine Verfassung zugunsten internationaler Militäreinsätze, die EU bastelt an einer eigenen Eingreiftruppe, und Indien weist jede Kritik an seiner Atombewaffnung mit dem Hinweis zurück, daß ein entsprechend gerüstetes Jugoslawien wohl kaum zum Spielball internationalen Kräftemessens geworden wäre.

Plausible Gründe, gegen den Krieg zu kämpfen, gibt es für jeden Geschmack. Bekannt sind sie auch. Trotz NATO-Nachrichtenhoheit ist die Fülle der Informationen über das Kriegsgeschehen verblüffend hoch, zu finden in jeder besseren Tageszeitung, freilich bunt gemischt, plural und demokratisch eingebettet in kritische Erörterungen der Luftkriegsstrategie, herzzerreißende Flüchtlingsdramen und Bewerbungsschreiben fürs Hauptquartier. Spätestens seit die *taz* mit der »Rambouillet-Lüge« titelte und der Appendix B des Ultimatums bekannt wurde, ist der Kosovokrieg kein MTV-Krieg mehr. Ein Aufschrei der Empörung blieb trotzdem aus. Mit dem grünen Sonderparteitag scheint selbst die Energie der wenigen Anti-Kriegs-AktivistInnen erschöpft. Obwohl alles andere als Kriegseuphorie herrscht, die Skepsis in der Bevölkerung zunimmt, die meisten auf ein baldiges Ende der Kampfhandlungen hoffen und die Grenze des deutschen Engagements sich immer deutlicher abzeichnet.

Manch eine mag zu Beginn des NATO-Bombardements ein Remake des zweiten Golfkrieg erwartet haben, Marathondemos, Bahnhofsbesetzungen und die Bednarz'schen Bettlaken. »Kein Blut für Öl« brachte damals die Stimmung auf den Punkt, auch wenn die meisten Kriegsgegner sich kaum mit dem simplen Strickmuster begnügten. »Kein Blut für's Kaukasus-Öl« klingt dagegen wenig plausibel, und »Kein Blut für die Ethnifizierung des Sozialen« fällt nicht nur aus syntaktischen Gründen aus. Daß heute niemand in der Lage ist, ein vergleichbares Pendant für den Kosovo-Krieg zu formulieren, verdeutlicht tatsächlich das gesamte Problem des Anti-Kriegs-Widerstands. Niemand? Das ist übertrieben. Doch die entsprechende Parole liegt eher Edmund Stoiber auf den Lippen: »Kein deutsches Blut für Hütchenspieler«.

Den verflossenen Zeiten nachzutrauern, hilft nicht. Vor allem sollte nicht vergessen werden, daß der Golfkrieg II für die Linke im Fiasko endete. Der schmissige Slogan ermöglichte zwar die Massenmobilisierung, ganz in den Koordinaten des Antiimperialismus der achtziger Jahre, und es schien, als rettete sich die US-Hegemonie in die neue Vorkriegszeit hinüber. Die

Formel hielt aber kaum drei Wochen, nämlich just bis zu dem Zeitpunkt, als die ersten Scud-Raketen auf Israel abgefeuert wurden. Der folgende Streit zwischen Bellizisten und Pazifisten, zwischen dem gerechten Krieg und der Ungerechtigkeit jedes Krieges, hatte mit einer politischen Einschätzung der Situation nicht mehr viel zu tun, sondern entwickelte sich zum linken Religionskrieg.

Die Bellizistenfraktion rekrutierte sich fast durchwegs aus dem Reservoir der Achtundsechziger-ff., kamen aus dem Umfeld der grünen Partei und der Linksradikalen: Cora Stephan, Dan Diner, Wolf Biermann, Hendryk M. Broder, Detlev Claussen, Wolfgang Porth, Micha Brumlik.[1] Als standhafte Linke hielten wir sie damals schlicht für durchgeknallt, für verwirrte Einzeltäter oder Opportunisten und waren uns unserer moralischen Integrität sicher. Daß die Verwirrung schon damals viel tiefer und wohl auch durch jeden einzelnen ging, hätte ein anderes Ereignis zeigen können. Mitte Februar 1991 mußte Christian Ströbele nach heftigen inner- und außerparteilichen Protesten vom Posten des Bundesvorstandssprechers der Grünen zurücktreten, als er am Tag vor seiner Israel-Reise per Zeitungsinterview formulierte, »die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels«.

In den folgenden Jahren verlor die politische Linke vollends die Initiative. Der schrittweisen Militarisierung der deutschen Außenpolitik standen die Linksradikalen ähnlich hilflos gegenüber wie die SPD, die in Sachen Militäroption mal für mal in die Fußstapfen der Union trat und sich wunderte, daß die Union schon wieder einen Schritt weiter war, die grüne Basis im Schlepptau. Wortkarg zeigte sich die antimilitaristische Linke auch während des gesamten jugoslawischen Bürgerkriegs, in dem wiederum die erweiterte Partei der Grünen zu den treibenden Kräften der militärischen Intervention gehörte. In Frankfurt forderte sogar eine Abspaltung der Linken Liste, die noch Ende der achtziger Jahre heftig über die grünen Verräter schimpfte, bereits im Sommer 1992 die Bombardierung Belgrads. Hans Eichel, zu einer Feierstunde in die Frankfurter Uni geladen, konnte dem nur entgegnen, daß deutsche Soldaten nicht noch einmal in Jugoslawien einmarschieren sollten. Was die einen schon 1992 wußten, war den anderen Srebrenica. Die gewissenhafte Analyse einer systematischen Politik der Ethnifizierung Jugoslawiens konnte dem nichts entgegensetzen. Verschanzt hinter den Broschüren der Ex-Anti-Nato-Gruppe und den *Materialien für einen neuen Antiimperialismus* hofften wohl viele Linke, daß der Bürgerkrieg möglichst bald von selbst ein Ende finde. Der kroatische Nationalismus entschuldigte genauso wenig den serbischen Nationalismus, wie der Nachweis, daß manch eine Meldung aus dem Kriegsgebiet Ungereimtheiten aufwies, darüber hinweg täuschen konnte, daß Jugoslawien sich in ein grausiges Schlachtfeld verwandelte.

Der Krieg der Achtundsechziger

Es würde den Einfluß der Achtundsechziger, der Neuen Linken und der Grünen überschätzen, in ihnen die Urheber des NATO-Bombardements zu sehen. Allerdings liefern sie am glaubwürdigsten das diskursive Raster, mit dem allein der Krieg *so* geführt werden kann, wie er funktioniert: als Krieg für Menschenrechte. Um so mehr habe ich mich gewundert, daß es gerade den intimsten Kritikern der Grünen plausibel war, ausgerechnet sie oder zumindest ihre Basis für das schwächste Glied der parteienübergreifenden Kriegskoalition zu halten. Dagegen sprach schon die linke Standardargumentation, mit der sich seit Mitte der achtziger Jahre die linken Kritiker vom Parteiprojekt distanzierten: daß die Grünen für die Regierungsbeteiligung noch jede Pille schlucken würden, oder zugespitzt, daß die Grünen die gemeinsamen Ideale verraten hätten.

Was auf dem grünen Parteitag zur Debatte stand, war die Existenz der Partei, die unweigerlich mit der Koalitionsfrage verbunden ist, seit sie infolge der Zuspitzung des innerparteilichen Konflikts zwischen 1986 und 1990 ihr gesamtes strategisches Potential auf eine künftige Regierungsbeteiligung im Bund ausgerichtet hat. Hätte die grüne Basis, dieses »Sicherheitsrisiko« (so der Chefideologe Joachim Raschke), tatsächlich den Außenminister in die sozialdemokratische Wüste geschickt, wären die Tage der Partei wohl gezählt gewesen. Ströbeles Argumentation, eine deutliche Distanzierung von der Regierungspolitik müsse nicht das Ende der Koalition bedeuten, scheiterte an der plaziert-dementierten Warnung des Außenministers und verkannte zugleich, daß auch ohne Kriegseintritt das rot-grüne Reformprojekt längst seine Geschäftsgrundlage verloren hatte. Vor Beginn des NATO-Bombardements hat niemand, weder aus der Partei, noch aus dem Sympathisantenkreis, die Koalitionsfrage in den Raum geworfen. Geschweige denn diejenigen, die schon immer wußten, wie es mit den Grünen mal enden würde. Statt dessen galt die Bevölkerung für die grünen, linken Vorhaben als zu unreif, zu konservativ, was das Zurückstecken noch im Koalitionsvertrag formulierter Gesetzesvorhaben plausibilisierte. Für eine Perspektive jenseits der Regierungsbeteiligung fehlt den Grünen nach zehn Jahren Juso-Ähnlichkeitswettbewerb, bezogen auf den Nachwuchs, sowohl das Personal als auch die Vorstellungskraft, daß Politik keine technische, sondern vor allem eine Frage praktischer

Organisierung ist. Um diese strukturelle Sackgasse der Parteireformen von 1990ff zu erkennen, waren nicht einmal die handverlesenen Delegierten vonnöten.

Ich halte dieses gängige linke Kritikmuster an den Grünen allerdings für nicht hinreichend, sogar für kontraproduktiv, weil es moralisiert statt zu politisieren, den Wandel der Grünen nur als Verrat oder, weniger persönlich, als Vereinnahmung begreift – und überdies die Regierungsbeteiligung jederzeit legitimieren kann. Der Kosovo-Krieg war das beste, was der Fischer-Gang passieren konnte, denn mit ihm rastete das Realo-Fundi-Dispositiv wieder ein, das den Grünen ihr Image als Partei der Achtundsechziger, der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen garantiert: weil die grüne Präsenz im Auswärtigen Amt zwar kaum eine, aber doch eine minimale Chance eröffnet, eines der Issues der Neuen Linken zu retten – wenigstens ein bißchen.

Pazifismus ist alles andere als eine linke Errungenschaft in der grünen Programmatik. Vielmehr diente der Begriff dazu, sich von Bauzaunmilitanz und Stadtguerilla zu distanzieren. Die Wortschöpfung Gewaltfreiheit erinnert noch daran, daß in der frühen grünen Programmatik »das fundamentale Recht auf Notwehr« außer Frage stand und daß gegen Gewalt zu sein, den Kampf gegen soziale, ökonomische und kulturelle Gewalt nicht ausschloß (vgl. Bundesprogramm 1980). Die Grundüberzeugung der Neuen Linken innerhalb und außerhalb der Grünen war wohl eher die prinzipielle Skepsis gegenüber der Legitimität und Legalität staatlicher Herrschaft und die Berechtigung, sich gegen mannigfaltige gesellschaftliche und staatliche Unterdrückung zu wehren. Dieser Grundwert aber, der die Gegenüberstellung von Pazifismus und Menschenrechten ad absurdum führt, bildet heute im Gewand der Menschenrechte und der Scheißegalität internationalen Rechts zugleich die originäre Grundlage der grünen Kriegstreiber wie Bauchschmerzenkrieger.

Das Problem des Anti-Kriegs-Widerstands ist daher nicht, daß ach so viele einstige Linke ihre Vergangenheit entrümpelt haben, sondern daß dieser Krieg ganz praktisch mit einem Issue funktioniert, das die Neue Linke prägte. Insofern ist der Kosovo-Krieg tatsächlich der Krieg der Achtundsechziger. Der Widerstand gegen staatliche Gewalt, Unterdrükkung und Ausbeutung war der Linken allemal wichtiger als ein abstrakter Pazifismus. Daß der Krieg ganz offensichtlich kaum wegen der Menschenrechte geführt wird, ändert nichts an der Tatsache, daß wir alle die Massaker an Kosovo-Albanern für illegitime staatliche Gewalt, für einen Verstoß gegen ihre legitimen Rechte halten und wir alle auch wissen, daß ein Ende des NATO-Bombardements aller Wahrscheinlichkeit nach nicht den Bürgerkrieg beenden würde, bei dem die eine Seite die besseren Karten hat.

Exemplarisch läßt sich dieses Dilemma an der Position der autonomen l.u.p.u.s.-Gruppe ablesen (vgl. *diskus* 1/99, S.9). Auf vollen fünf Seiten fährt sie die gesamte Palette der spätautonomen, anti-nationalistischen und anti-rassistischen Gründe auf, den Stop der NATO-Bomben zu fordern, und schildert

Das Doppelleben eines ehemaligen Farbbeutelwerfers

Joseph war's, ein Hetero aus Frankfurt

anschaulich die Verantwortung deutscher und westlicher Politik für die Zerschlagung Jugoslawiens. Wer mag da widersprechen? Als besonderes Problem hebt sie zwischenzeitlich hervor, daß es nicht reiche, »NATO raus aus Kosovo« zu fordern, da der Krieg im inneren Jugoslawiens damit keineswegs beendet wäre, und mehr noch, daß es im Konflikt kein erkennbares Gegenüber (zumindest kein politisches, möchte ich ergänzen) gäbe, mit dem man sich solidarisieren könne. (Applaus von der Regierungslinken)

Statt aber diesen Gedanken weiter zu verfolgen, der haarscharf das gesamte Problem des Anti-Kriegs-Widerstandes zusammenfaßt, kippt die Argumentation schließlich in den Vorwurf der Heuchelei und des Verrats um und tut so, als gäbe es gar kein Problem, außer daß die Grünen ihre Ideale verraten hätten. Getreu dem bewährten Realo-Fundi-Schema ist es von der Position der autonomen l.u.p.u.s-Gruppe zur linken Befürwortung der NATO-Luftangriffe nur ein moralisch-strategischer Katzensprung: Die Ethnifizierung Jugoslawiens und Renationalisierung Deutschlands bedauern auch die linken Kriegsbefürworter; gerne würden sie mehr Flüchtlinge aufnehmen, können dies aber leider nicht durchsetzen; gewiß steht es mit den Menschenrechten in vielen Gegenden nicht zum besten; sicher hat die deutsche Politik viel zum aktuellen Desaster beigetragen; ohne Zweifel verfolgen die meisten Akteure im Rahmen der NATO-Luftangriffe alles andere als humanitäre oder gar emanzipatorische Ziele; selbstverständlich hätte es noch vor ein paar Jahren, Monaten, Wochen ganz andere Mittel gegeben, die Situation im Kosovo zu deeskalieren; aber mindert nur eines dieser Argumente den moralischen Druck, den hier und jetzt bedrohten Kosovo-Albanern mit Waffen zur Seite zu stehen (Beer); oder die einmalige Chance, in einem militärisch-performativen Akt die Menschenrechte auf die Agenda der neuen Weltordnung zu setzen (Volmer)? Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Die Grünen als Verräter einzuschätzen und um diese Stelle den Anti-Kriegs-Widerstand zentrieren zu wollen, verkennt, daß die Grünen nicht das schwächste Glied in der Kette der Kriegsbefürworter sind, sondern das stärkste. Mit der von der Parteispitze ausgegebenen Parole »Ach, zwei Herzen schlagen in unserer Brust, Pazifismus und Menschenrechte«, zwischenzeitlich als »Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz« apostrophiert, gelang es ihnen, die gesamte Kriegskritik auf eben jene Frage der Moral zu reduzieren, die schon den ganzen Krieg ummäntelte. Welcher Seite in dieser moralischen Zentrifuge die Linken traditionell näher stehen, muß nicht nochmals wiederholt werden. Der Witz ist aber, daß Fischer desto nachhaltiger zum Garanten des kontinentaleuropäischen Hegemoniestrebens gerät, je mehr ihn die Gewissensbisse plagen, und sei's in Gestalt der zerrissenen Partei. Jede Mahnung, die Targets sorgfältiger auszuwählen, jede leise Forderung, Rußland und die UN einzubinden, um die Polizeiaktion nicht zum Weltkrieg eskalieren zu lassen, jedes feuilletonistische Leiderleider, sich mal wieder nicht durchgesetzt zu haben, untermauert die Eigenständigkeit der EU. Nicht weil Fischer die Menschenrechte instrumentalisiert, sondern nur indem er für sie kämpft.

Vor allem aber hilft die Verratsthese nicht gerade dabei, auf die künftigen Kriege besser vorbereitet zu sein. Zweifellos ist es nicht notwendig, einen Lösungsansatz für die aktuellen Probleme im Kosovo formulieren zu können, um gegen den Krieg zu protestieren. Dazu reicht die Konzentration auf die deutsche Politik und, um den moralischen Druck zu kontern, der Hinweis, daß heutzutage jeder Lösungsvorschlag in bezug auf Jugoslawien, sei's zivil, sei's militärisch, von der Position des ideellen NATO-Gesamtoberbefehlshabers ausgeht. Der lautere Vorsatz aber, sich der moralischen Zentrifuge individuell und auf Dauer entziehen zu wollen, überschätzt die eigenen Kräfte, weil sie sich noch beschleunigt, solange wir übers Bedauern der schlechten Zustände, eine Politik der Schadensbegrenzung und die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht hinauskommen. Ohne eine politische Perspektive, die es ermöglicht, aus der eigenen Praxis eine eigene Moral zu generieren, statt aus der Moral die Politik abzuleiten, reduziert sich ein Widerstand, der sich nicht auf die Moral des Staates einlassen will, auf individuelle Durchhalteparolen.

Worauf es ankäme, wäre das Eingestehen des Scheiterns unserer Strategien seit Mitte der achtziger Jahre, parlamentarisch wie außerparlamentarisch. Und daß die Parolen von damals auf spezifische Weise selbst Teil der aktuellen Verhältnisse geworden sind; wenn auch anders als intendiert. Wechselseitige Schadenfreude und Besserwisserei – so sehr die Genugtuung schmeichelt – sind fehl am Platz und fallen auf die Spötter selbst zurück. Die Erfahrung, daß die Linke in diesem Krieg nichts zu melden hat, obwohl sie weder verraten wurde, noch ihre Argumente zensiert wurden, geschweige denn die große Masse in Kriegseuphorie verfiel, ist vielleicht das einzige, was die Linken in diesem Krieg gewinnen können. Und sie verdeutlicht die Dimension des Projekts, die Linke zu reartikulieren.

Frieder Dittmar
(71. Kriegstag)

[1] Hier mag die eine oder der andere einwenden, die genannten Herrschaften seien halt nie korrekte Linke gewesen – und womöglich gar entlarvende Zitate parat haben. Oder daß die Grünen von Anfang an mit emanzipatorischer Politik nichts im Sinn hatten. Festzuhalten bleibt freilich, daß die Themen, Ziele und Kritiken grüner Parteiarbeiterinnen, autonomer Streetfighter und kritischer Intellektueller kaum die Trennung zwischen legalistischen und sozialrevolutionären Strategien markierten. Dieses heterogene diskursive Ensemble aus Bürgerinis, autonomen Zentren, Bioläden und Zeitungsredaktionen, das sich in der grünen Partei focussierte, möchte ich als erweiterte Partei der Grünen bezeichnen.

Balkankrieg, Post-fordismus und Global Governance

Ich will nicht in den Krieg.
Ich bin nicht auf der Welt,
um arme Leute umzubringen.
(Boris Vian)

Niemand wird mit realistischen Gründen annehmen können, daß die Grünen mit ihrer Beteiligung an der Regierungsverantwortung auch unmittelbar die Kompetenz gehabt hätten, über die Bombardements der NATO in Jugoslawien zu entscheiden. Die Kräfteverhältnisse in der Bundesregierung und in der NATO ließen dies nicht zu. Daß sie sich diesen Machtverhältnissen allerdings nicht entgegengestellt, sondern sie selbst mitvollzogen haben, verändert tiefgreifend die politische Konstellation. Die politische Handlungsweise der rot-grünen Regierung berührt nämlich den grundsätzlicheren Gesichtspunkt der Möglickeit zur Herstellung eines sozial-ökologischen New Deal.

In der Strukturkrise des Übergangs von der fordistischen zur postfordistischen Form kapitalistischer Vergesellschaftung steht eine Regulationsform zur Disposition, die auf Massenproduktion, hohem und wachsendem Einsatz von Ressourcen mit weitläufigen Belastungen der Gesellschaft wie der Natur und zunehmender Bürokratisierung in den Unternehmen und in öffentlichen Einrichtungen mit von oben geplanten und kontrollierten Formen der rigiden Abpressung von Mehrarbeit beruhte. Im Anschluß an regulationstheoretische Überlegungen bestand die Überzeugung, daß ein neues Muster der Reproduktion und Regulierung des Kapitalverhältnisses nicht einfach linear aus dem Bisherigen folgen würde, sondern sich aus den sozialen Kämpfen zwischen Kapitaleignern, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Parteien und vielfältigen Initiativen der Zivilgesellschaft gleichsam als ein Fundstück, als ein neuer Kompromiß herausbilden würde. Ein Kompromiß kann nur gelingen, wenn die unterschiedlichen Konfliktparteien um ihre eigenen und die Ziele der anderen wissen, ebenso aber auch wissen, daß sie jeweils ihre eigenen Positionen nicht als solche durchsetzen können. Dieser neue, sozial-ökologische New Deal würde zwar das Kapitalverhältnis selbst nicht beseitigen, aber doch wesentliche Strukturmomente verändern, nämlich die energetische Grundlage von fossilen und nuklearen auf erneuerbare Energieträger umstellen, den Ressourceneinsatz verringern, Bürokratisierung abbauen, das Warfare-Regime durch Abrüstung in ein ökologisches Welfare-Regime verändern und offenere und durchlässige Lebensformen begünstigen.

Grüne Erbschaft der 70er

Die Grünen repräsentierten die zahlreichen und diversen Initiativen und Gruppen, die sich aus dem früheren, fordistischen Klassenkompromiß des nationalen, keynesianischen Wohlfahrtsstaat herauslösen wollten. Die Partei faßte diese teilweise sehr partikularen Interessen zusammen, verallgemeinerte sie und machte sie dadurch auch in der offiziellen Politik zu einem die politische Agenda bestimmenden Machtfaktor. Die Grünen stellten aufgrund dieser Entstehung und Funktion selbst einen Kompromiß dar, der nun von den Grünen in der Bundesregierung auf die Probe gestellt und mit der Entscheidung, die Bombardements der NATO zu unterstützen und die rot-grüne Koalition nicht zu verlassen, schließlich gebrochen wurde. Der Kompromiß umfaßte zahlreiche politische Issues, im Zusammenhang mit dem Balkankrieg sind insbesondere die drei folgenden von Bedeutung: a) die Ökologie; b) der Multikulturalismus; c) der Pazifismus. In allen drei Hinsichten handelt es sich um eine Art Hegemonie des grünen Projekts über die Linke, denn die Linke der siebziger Jahre wurde damit integriert, ohne daß ihre kapitalismuskritischen Ziele in diesen Begriffen einen angemessenen Ausdruck fanden.

Zu a) Der Begriff der Ökologie hat eine biologistische Färbung und reduziert die Komplexität des gesellschaftlichen Naturverhältnisses auf bloße Fragen der natürlichen Umwelt. Die Atomenergie war ein Schlüsselthema der Umweltproblematik, die Konzentration darauf stellt aber gleichfalls eine Reduktion dar. Die gegenwärtigen Verhandlungen der Bundesregierung mit der Atomindustrie legen nahe, daß auch weiterhin lange Laufzeiten akzeptiert werden, gleichzeitig scheint die Bundesregierung bereit, weitere Kernkraftwerke in der Ukraine zu finanzieren.

Zu b) Der Multikulturalismus tendiert dazu, die Vielfalt sozialer Verhältnisse, die mit der Migration verbunden sind und die massive Repression und Ausbeutung umfassen, auf Fragen der bloß kulturellen Anerkennung von nationalen bzw. ethnischen Unterschieden zu reduzieren. Damit werden künstliche Kollektividentitäten kreiert, die die Grundlage für rassistische Affekte bilden.

Zu c) Der generelle, im Prinzip vor allem gegen die NATO und den Warschauer Block und die atomare Bewaffnung gerichtete Pazifismus ließ völlig offen, wie mit anderen als exterministischen Kriegen umzugehen sei. Schon früh ließ sich bei manchen grünen Realpolitikern ein instrumenteller Menschenrechtsmoralismus beobachten, wenn sie von der CDU-FDP-Regierung forderten, die Sandinisten wegen ihrer Verletzungen der Rechte der nicaraguensischen Ostküsten-Indianer wirtschaftlich zu boykottieren, die Menschenrechtsverletzungen der Contra und der bürgerlichen Rechten in den zentral- und lateinamerikanischen Ländern aber gar nicht beachteten. Schon bald nach der Wende 1989, und verbunden mit den Diskussionen über den zweiten Golfkrieg 1991, wurde unter Grünen mit Erleichterung festgestellt, daß nun endlich der Krieg wieder ein politisches Instrument sei und nicht jedesmal mit der atomaren Vernichtung gerechnet werden müsse. Menschenrechtlicher, politischer Pazifismus scheint die Formel für diese Haltung zu sein, die beansprucht, gegen naive Pazifisten verantwortungsethisch die Bürde zu tragen, eine neue Form des Gewaltmonopols zu schaffen, das weltpolizeilich gegen die kleinen Diktatoren durchgesetzt werden muß und Menschenrechte und Frieden erzwingt. Der usurpatorische, antidemokratische Charakter der Errichtung dieses Gewaltmonopols bleibt außer Betracht, vielmehr wird positiv noch unterstrichen, daß damit die universalistischen Normen des Westens durchgesetzt werden, wie sie von den USA beansprucht und vertreten werden. Die undemokratischen, rassistischen, gewaltsamen und ausbeuterischen sozialen Verhältnisse in den USA werden ebensowenig thematisiert wie die Bereitschaft der führenden kapitalistischen Staaten, die weltweiten, sich immer noch weiter vertiefenden wirtschaftlichen und politischen Asymmetrien zu erhalten. Die moralische Unentschiedenheit läßt sich für die gegenwärtige Kriegskampagne der NATO auch daran erkennen, daß die Türkei an der NATO-Kriegsführung mitwirkt, obwohl evident ist, daß sie selbst entschieden gegen die Prinzipien verstößt, auf denen die Operationen beruhen sollen: auf Zypern trennt türkisches Militär Griechen von Türken nach nationalistischen Gesichtspunkten; in der Türkei selbst wird den Kurden jedes Recht auf Rechte verweigert.

Moralische Normen und geostrategische Interessen

Der Balkankrieg vertieft die moralischen Dilemmata, vor die sich die Grünen und die Linke schon während des Golfkrieges gestellt sahen. Denn anders als während des damaligen Krieges ist Deutschland unmittelbar als Kriegspartei beteiligt und wird von einer rot-grünen Koalition regiert; die Entscheidungen werden von sozialdemokratisch-grünen Regierungen getroffen und von einem Generalseketär ausgeführt, der sich selbst als Pazifist verstand. Zwar widersprechen die militärischen Operationen der NATO dem Grundgesetz, dem NATO-Vertrag und haben kein UN-Mandat – das auch seinerzeit stark umstritten war. Entscheidend für das moralische Dilemma erscheint aber, daß dieses Mal nichts anderes als moralische Normen selbst zur Kriegsführung zu nötigen scheinen. Auf den ersten Blick sind keine geostrategischen Interessen im Spiel. Doch der Schein trügt.

Die gegenwärtige Kriegsführung steht in der Logik der deutschen Außenpolitik gegenüber Jugoslawien seit Beginn der neunziger Jahre. Während der serbische Nationalismus von deutscher Seite kritisiert und abgelehnt wurde, wurde der Nationalismus Kroatiens, wurden dessen Bestrebungen zur staatlichen Unabhängigkeit anerkannt. Damit wurde faktisch ein Regime unterstützt, das ständig Menschenrechte, zivile und politische Rechte verletzt, demokratische Freiheiten behindert und vor allem der Bereicherung weniger Familien und Warlords dient, die durch Nationalismus und Rassismus ihre Macht aus der früheren, staatssozialistischen Phase in kapitalistische Formen der Macht und des Reichtums zu konvertieren in der Lage waren. Die deutsche Außenpolitik ergriff im Namen von Demokratie und Selbstbestimmung faktisch Partei für einen Nationalismus gegen einen anderen Nationalismus und beteiligte sich damit an der Zerstörung des früheren Jugoslawiens als der wahrscheinlich einzigen Form, die unterschiedlichen religiösen, regionalen und sogenannten ethnischen Widersprüche und Differenzen wenn nicht zu lösen, so doch auszubalancieren. Die demokratische Opposition, die sich in den früheren Teilrepubliken Kroatien, Bosnien und Serbien gebildet hatte, wurde nie ernsthaft unterstützt. Möglicher-

weise, weil sie vielfach eine Opposition war, die für die Erhaltung der Einheit des Landes und für eine Beseitigung der materiellen Privilegierung einzelner Volksgruppen eintrat. Dies war das Naheliegende, denn für viele Jugoslawen waren die Bürgerkriegserfahrungen während des Zweiten Weltkriegs durch die Erfahrungen überlagert, daß die verschiedenen Volksgruppen seit Jahrzehnten zusammenlebten, sich räumlich, familiär, beruflich, im Militär, im Studium und in der Migration mischten. Es waren die politischen Eliten, die vom westlichen Ausland Unterstützung erfuhren, die allenfalls noch schwach vorhandenen ethnisch-religiösen Spaltungslinien zu intensivieren. Fragt man sich nach den Motiven, so kann vermutet werden, daß die deutsche Außenpolitik eine Zersplitterung begünstigte, um die Möglichkeit der Herausbildung einer starken politischen Kraft in Osteuropa zu verhindern und insbesondere den Einfluß Rußlands zu schwächen. Doch richtete sich diese Politik auch gegen einen Rest an moralischer Autorität Jugoslawiens, die sich daraus ergab, daß es sich der Logik des Kalten Krieges entzogen und ein eigenes Modell der Arbeiterdemokratie zu realisieren versucht hatte, das lange Zeit nicht nur unter europäischen Linken auf Interesse stieß, sondern auch ein erhebliches Ansehen unter den Ländern des Südens genoß und das Land zu einem der führenden Repräsentanten der blockfreien Länder machte. Im Prozeß der Restrukturierung Europas als einem einheitlichen Block innerhalb des globalen Wettbewerbs besteht offensichtlich die Bestrebung der Vereinheitlichung. Eigenständige Entwicklungspfade werden im europäischen Haus oder vor der Tür der Europäischen Union nicht geduldet. Milosevic ist das vom Prozeß der europäischen Integration erzeugte Monster. Er betreibt für Serbien, was bei Tudjman geduldet wurde. Die mehreren hunderttausend serbischen Vertriebenen, die als Flüchtlinge in Jugoslawien leben, sind ebensowenig Gegenstand der menschenrechtlichen Sorge wie der Terror von kroatischen Banden gegen Muslime. Ebensowenig wird bei der gegenwärtigen Kriegskampagne auf dem Balkan bedacht, welche Konsequenzen sich für die zehntausenden Albaner in Serbien ergeben, von denen viele mit Serben verheiratet und befreundet sind; ebensowenig werden die nachhaltigen destabilisierenden Folgen für Bosnien und Mazedonien und die dortigen Versuche gesehen, die nationalistische und rassistische Logik einzudämmen.

Für die rot-grüne Regierung hat dieser Hintergrund eine fatale Konsequenz. Denn indem sie vorgibt, die Rechte einer Volksgruppe, der Kosovaren zu schützen und der militärischen Option zustimmt, bekräftigt sie einmal mehr die Logik der ethnischen Trennung. Die militärische Aktion einer auswärtigen Macht in einem Bürgerkieg zwischen der Zentralregierung und einer sezessionistischen Bewegung mußte zwangsläufig das befördern, was nun feststeht: daß nämlich Serben und Kosovaren sich als feindliche Völker wahrnehmen, die nicht mehr miteinander zusammenleben können. Die Förderung und Anerkennung der UCK durch die deutsche Außenpolitik (und durch den BND) stärkten diese Dynamik noch. Für die Konservativen und die Rechte in Europa – und dies läßt sich an einer Bundestagsrede des außenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Lamers ablesen – bestätigen die Vorgänge im Kosovo, daß multikulturelle politische Gebilde nicht lebensfähig sind, weil sie letztlich zum Bürgerkrieg führen werden. Dem Ziel, in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union den Rassismus und ethnische Spaltungslinien abzubauen, wird mit der verfolgten Politik langfristig Schaden zugefügt.

Kriegsrecht für NATO und Bundeswehr

Es gibt zahlreiche Anhaltspunkte dafür, daß die Bundeswehr und die NATO von langer Hand eine Ausdehnung ihres Operationsgebietes und eine Erweiterung ihrer Aufgaben betreiben. Out-of-area-Einsätze humanitärer und friedenserhaltender Art waren die Vorbereitungen für friedenserzwingende Einsätze. Volker Rühe 1992: »Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind. [...] Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben [weltweiter Kampfeinsätze; AD] vorzubereiten. Bei Blauhelmeinsätzen ist das schon gelungen. [...] Auf Dauer ist eine Beschränkung auf Blauhelm-Einsätze nicht realistisch. [...] Das kann sich alles entwickeln.« (*Der Spiegel* 30/1992). Es handelt sich um eine langfristige Politik zur Neudefinition deutscher Sicherheitsinteressen, die im Zuge des Globalisierungsprozesses weltumspannend gedacht werden. Die neue Strategie zeich-

net sich seit dem Balkankrieg und der 50-Jahr-Feier der NATO deutlicher ab. Die NATO behält sich gegenüber den UN und dem Sicherheitsrat das Recht auf die Kriegsführung vor und nimmt damit die klassischen Rechte des staatlichen Souveräns wahr. Dies soll nur für den Ausnahmefall gelten, heißt es abschwächend. Faktisch begünstigt dies noch entschiedener die Souveränitätsrechte der NATO, denn über den Ausnahmefall entscheidet selbst wiederum niemand sonst als die Mitglieder der NATO und dort diejenigen, die mächtig sind und über den Militärapparat verfügen. Insofern es sich bei der NATO um eine militärische Organisation handelt, wird der Ausnahmefall immer eher nach militärischen, weniger nach politischen Gesichtspunkten definiert, wie dies bei Entscheidungen der UNO zwangsläufig der Fall wäre. Weltweit wird den Regierungen gezeigt, daß die NATO beansprucht zu bestimmen, welche Umstände einen Staat zu einem Schurkenstaat machen und was ihm passieren wird. Daraus entsteht die Gefahr weiterer militärischer Eskalation. Denn autoritäre Regime werden auf ABC-Waffen zurückgreifen, um das Risiko der militärischen Intervention zu senken.

Der neuen Konzeption der NATO nach wird eine Sicherheitszone definiert, die Europa und den Raum des südlichen Mittelmeers umfaßt. Aber auch die kaukasischen und transkaukasischen Staaten – schon Kriegsziele der Wehrmacht – sind eingeschlossen. Gerade dort werden große und noch weitgehend unerschlossene Erdölvorkommen vermutet. Das unmittelbar von der NATO kontrollierte Gebiet wird auf diese Weise bis an die chinesische Grenze reichen. Sollte dieses Szenario zutreffen, dann schließt dies zweierlei ein. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an einer langfristig angelegten Strategie zur Sicherung fossiler Energie. Die Gefahr besteht, daß die Entwicklung eines nachhaltig-zukunftsfähigen Energieregimes hinausgeschoben wird. Eine Reihe von Ländern der OPEC wird marginalisiert; ebenso wird massiv in die klassische Einflußsphäre Rußlands eingegriffen. Eine neue Hochrüstungspolitik – wie sie jetzt schon von Scharping angedeutet wird – ist zu erwarten. Militärische Konflikte mit China oder Indien sind nicht auszuschließen. Diese langfristige Strategie der NATO widerspricht den Zielen der Linken und der Grünen, soweit letztere dafür stehen, die Ziele der neuen sozialen Bewegungen in die Parlamente und Regierungen einzubringen.

Nicht, daß die Grünen an politischer Herrschaft partizipieren und Kompromiße eingehen, soll hier kritisiert werden. Zu kritisieren ist, daß sie durch ihr politisches Handeln gerade die Bedingungen für einen sozial-ökologischen Kompromiß verschlechtern, insofern sie zentrale Ziele aufgeben und einen Paradigmawechsel in der Form der Ausübung der politischen Herrschaft mittragen.

Die gewaltbereite Zivilgesellschaft

Politische Herrschaft wird nicht mehr nationalstaatlich oder imperial ausgeübt, sondern in dem weit verzweigten Netzwerk von Elementen eines internationalen Staates. Als Knotenpunkte in diesem Netzwerk lassen sich die Nationalstaaten, die UNO und der Sicherheitsrat, die UN-Unterorganisationen und die von der UN organisierten Konferenzen, die Weltbank und der Internationale Währungsfond, die EU mit ihren Apparaten, die NATO, internationale Regime, Gerichtshöfe usw. charakterisieren. Der Politikprozeß – ohnehin weitreichend dominiert von den global operierenden Unternehmen und den Akteuren auf den Finanzmärkten – verläuft wenig transparent, die Entscheidungsverfahren sind kaum formalisiert, so daß sich starke Interessengruppen oder Staaten und Staatengruppen durchsetzen können. In diesem Rahmen wurde das Konzept der global governance in die Diskussion gebracht, um die netzwerkartigen Politikverflechtungen gleichsam zu öffnen und der öffentlichen Diskussion und der Demokratisierung zugänglich zu machen. Als Mittel dazu werden allgemein seit der Weltumweltkonferenz in Rio die Entfaltung einer innerstaatlichen, internationalen und globalen Zivilgesellschaft ebenso wie die Menschenrechte betrachtet. Üblicherweise meint Zivilgesellschaft einen zivilen, friedlichen, deliberativen Entscheidungsfindungs- und Interessenausgleichsprozeß. Doch ist daran zu erinnern, daß schon Gramsci, auf den das Konzept der Zivilgesellschaft (società civile) zurückgeht, auf den aggressiven, durchaus militärischen Aspekt der Zivilgesellschaft hingewiesen hat, der den demokratischen ergänzt. Gramsci entwickelte den Begriff der Zivilgesellschaft, um eine

Fotokopien
Digitaldruck
Konfektion
Kopier Werk
FRANKFURT
Ob Diplomarbeit, Skripte
oder sonstige Kopien:
Wir binden sofort...
...und das bis 20.00 Uhr!
Heißleimbindung ab 4.00 DM
Spiralbindung ab 2.50 DM
Aus unserem Programm: S/W - Fotokopien ab 5 Pf.; CLC Farbkopien DIN A4 ab 90 Pf.; Vervielfältigen und Binden von Diplomarbeiten oder Dissertationen; Farbdigitaldruck; Posterdruck im Großformat; T-Shirt-Druck; Laminierungen, Wire-O-Bindungen, Channel-Bindungen, S/W- und Farb-Overheadfolien, Heftungen, Faltungen, Ösen, Farbpapier und vieles mehr.
Top Vervielfältigungs GmbH
Adalbertstraße 21a
60486 Frankfurt am Main
Fon: 069 / 707 607 44
Fax: 069 / 707 607 45
Öffnungszeiten
Mo - Fr 8.30 - 20.00 Uhr
Sa 9.00 - 14.00 Uhr

neue Form bürgerlicher Herrschaft zu charakterisieren. Mit Zivilgesellschaft wollte er nämlich auf die vielfältigen privaten Initiativen hinweisen, mit denen das Bürgertum nach dem Ersten Weltkrieg in Italien, bedroht durch die Rätebewegung, für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft kämpfte (zum Beispiel durch Schaffung von bewaffneten Banden). Aus der internationalen Zivilgesellschaft entwickelt sich auch heute eine Initiative und Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt. Dies läßt sich an den vielfachen Plädoyers von Schriftstellern für die Bombardements der NATO feststellen. Dabei handelt es sich vordergründig nicht um militaristische Argumente. Allerdings wird dem moralischen Argument eine Bedeutung verliehen, die es plausibel erscheinen läßt, daß in seinem Namen getötet wird, während das im Namen von Interessen nicht als legitim gilt. So kann eine Abspaltung der materiellen Interessen der führenden NATO-Staaten von der von ihnen in Anspruch genommenen Moral vorgenommen werden. Die Hoffnung soll darin liegen, daß gleichsam hinter dem Rücken der Politiker und Militärs der NATO, die alle den Krieg nicht wollen – eine Weisheit, die sich schon bei Clausewitz ausgeführt findet: der Krieg dient immer dem Frieden – sich die Vernunft durchsetzt und zu einem weiteren Verrechtlichungsschub beiträgt, mit dem die Gewalt auf einem höheren Niveau wieder zivilisiert wird. Die Bombardements seien allein dann moralisch gerechtfertigt, wenn sie eng mit dem Ziel der Weltbürgergesellschaft verbunden bleiben. Wie so oft heiligt auch hier der Zweck die Mittel – und wo gehobelt wird, fallen Späne. Aber ist es menschenrechtlich zu rechtfertigen, wenn den Vertriebenen und Flüchtlingen schließlich doch nicht geholfen wird und die serbische Bevölkerung aufs Schlimmste terrorisiert wird und ihre Lebensperspektiven verliert? Die Intellektuellen, die Akteure der Zivilgesellschaft, treten in ein neues Verhältnis zu Herrschaft und Macht ein und versuchen, die Entscheidungsträger dadurch zu lenken, daß sie ihnen die richtigen, menschenrechtlichen Formeln ansinnen. Auf diese Weise glauben sie, immer noch kritische Subjekte zu sein, die den politischen Prozeß auf Distanz abwägend zu beurteilen vermögen.

Was verbindet
Ihren neuen Waschautomaten ...

Die neue Kunst zu regieren

Doch die innere Zerrissenheit der Intellektuellen, gegen den interessengeleiteten, aber für den moralischen Krieg zu sein, trifft sich mit der zerrissenen Haltung der Politiker, die ihre Kriegsführungspolitik als Ergebnis eines moralischen Dilemmas präsentieren und damit eine neue Form der moderierenden Regierungskunst ausarbeiten: man will den Krieg nicht, aber man muß ihn führen, weil er das kleinere von zwei Übeln ist. Nüchtern und hart wird wie so oft eben für die Seite der Macht entschieden, die sich seit Jimmy Carter und der Trilateralen Kommission die Form des Eintretens für die Menschenrechte gibt. In Deutschland führt die Inanspruchnahme der Menschenrechte zu einer Neubestimmung der internationalen Position und zu einer entschiedenen Moralisierung der Politik, die einhergeht mit einer Umschreibung der Geschichte. Auch wenn die für die Kriegsführung verantwortlichen Politiker schnell wieder davon abgekommen sind, die Situation im Kosovo mit den Deportationen während des Zweiten Weltkriegs und mit Auschwitz gleichzusetzen, so wird das Argument in einer schwächeren Version durchaus aufrechterhalten: Deutschland müsse die Freiheit, die es selbst erhalten habe, an andere weitergeben und dafür im Zweifelsfalle auch militärisch einstehen. Der deutsche Sonderweg – eine historisch immer fragwürdige Konstruktion – gilt nun als beendet. Dies ist gar nicht falsch. Ergab sich der deutsche Expansionismus aus der Konkurrenz zu den großen Kolonialmächten Frankreich und England, so hat Deutschland dazu gelernt und nimmt nun teil an einer neuen Form von Hegemonialpolitik, die sich weltweit Märkte, Arbeitskräfte und Ressourcen unterwirft. Indem innenpolitisch die Schwelle zur Kriegsführung gesenkt wird – was wahrscheinlich kaum eine andere als die rot-grüne Regierung moralisch so glaubwürdig bewirken kann –, wird das ökonomisch starke Deutschland quasi automatisch in kurzer Zeit neben und in Kooperation mit den USA zur zweitstärksten Militärmacht der Erde.

Die Formel, aus Auschwitz gelernt zu haben und nun anderen Völkern die Freiheit zu bringen, ist revi-

...mit diesem Düsenflugzeug...

...und mit diesem neuen Kernkraftwerk?

sionistisch, denn am Ende gibt sie dem rassistischen Massenmord doch noch den guten Sinn, daß Deutschland die Rolle des Mahners und Erziehers mit militärischen Mitteln einnehmen darf, weil es aus seiner Geschichte gelernt habe. Dies erlaubt schließlich die historische Verdrehung, daß sich Deutschland gerade gegenüber einem Land als Freiheitsverkünder aufspielt, das es schon einmal mit expansionistischen und rassistischen Motiven terrorisiert hat und dessen Bevölkerung den vielleicht entschiedensten Widerstand gegen die deutsche Besatzung leistete. Das Ziel der Wehrmacht war es, den Lebensraum im Osten von Juden und Slawen freizumachen. Der Antislawismus und allgemeine Rassismus ist in der Bundesrepublik kaum einmal zum Gegenstand der sogenannten Aufarbeitung der Vergangenheit geworden.

In England knüpft New Labour zur Rechtfertigung des Krieges an den kolonialistischen Diskurs von der Bürde des weißen Mannes an. So wie damals Zivilisation werden heute Freiheit und Menschenrechte verbreitet. In Deutschland wird analog dazu die Formel verwendet, aus den eigenen Verbrechen gelernt zu haben. Die hegemoniale Anmaßung ist dieselbe. Denn weltweit soll den Menschen vorgeschrieben werden, wie sie freiheitlich zusammenleben sollen. Keine Zweifel, das Leben unter dem autoritär-nationalistischen Regime Milosevic' ist nicht frei. Aber auch die über den Militärapparat der NATO verfügenden Machtgruppen werden kaum zulassen, daß es zu selbstbestimmten Formen des Zusammenlebens kommt. Im Namen von Freiheit und Demokratie haben die USA Diktaturen wie die von Pinochet unterstützt, sie haben Pol Pot, die Taliban und Saddam Hussein finanziert und ausgerüstet; und sie verfechten eine weltweite Liberalisierung, die die Mehrheit der Menschen ihrer Freiheit und ihrer Menschenrechte auf Ernährung, Bildung und Lebenschancen beraubt oder zu berauben droht. Jugoslawien zerstören, es neu aufbauen und seine Bevölkerung umerziehen – wenn es Daniel Goldhagen sagt, klingt es vielleicht nicht so wie bei Pol Pot, aber präsentiert das deutsche Modell auf absurde Weise erfolgreich, nämlich so, wie es die Rechte immer gesehen hat. Daß jedoch die innere Demokratisierung Deutschlands gegen den hinhaltenden Widerstand von in den antikommunistischen Konsens integrierten gesellschaftlichen Gruppen durchgesetzt werden mußte und nationalistische und rassistische Traditionen bis auf den heutigen Tag fortleben, die nicht zuletzt froh sind darüber, nun an der Seite der ehemaligen Feinde zu kämpfen, bleibt dabei außer acht.

Die Gefahr der von der rot-grünen Regierung verfolgten Kriegspolitik besteht darin, daß sie die Rationalitätsansprüche in der deutschen Gesellschaft deutlich senkt. Dies beginnt mit den Uneindeutigkeiten um die Verhandlungen in Rambouillet. Denn es drängt sich der Eindruck auf, daß hier die jugoslawische Regierung systematisch in die Situation gebracht wurde, ihre Unterschrift nicht geben zu können unter einen Vertrag, der faktisch zur Besetzung des Landes durch die NATO und einer Abtrennung des Kosovo geführt hätte. Die Begründungen der Bombardements erweisen sich als fadenscheinig, wenn behauptet wird, es gehe um den Schutz von Menschen und die Angriffe richteten sich gegen Milosevic und seinen Herrschaftsapparat – während doch gleichzeitig zahlreiche zivile Opfer zu beklagen sind, die Infrastruktur Jugoslawiens zerstört wird und erhebliche ökologische Verwüstungen in Kauf genommen werden. Es handelt sich um ein atavistisches, tribalistisches Kriegsmodell, die das ganze, völkisch aufgefaßte Volk der »Serben« mit seinem Herrscher identifiziert und entsprechend straft. Durch die Zerstörung des Landes und der Menschen will man diesen treffen und zum Einlenken zwingen. Seine Souveränität bleibt gleichsam gewahrt, die Menschen hingegen werden traumatisiert und zerstört. Die Personalisierung und Ethnisierung des Feindbildes läßt die Ablehnung des Nationalismus durch serbische Oppositionelle ebensowenig mehr erkennen wie die Tatsache, daß es auch in Serbien einen Unterschied zwischen Herrschenden und Beherrschten gibt. Die Zerstörung der Infrastruktur trifft die materiellen Lebensbedingungen von einfachen Menschen, von Arbeitern, Kranken, Kindern.

Ein Moment der neuen Regierungskunst ist die Selbstpräsentation der Politiker, die sich in einer tragischen Situation sehen, Krieg führen zu müssen, um den Völkermord zu verhindern. Der Hintergrund der neuen sozialen Bewegungen und die Medien erzeugen den Effekt einer intimen Nähe zum Außenminister und den Appell: Stell' Dir vor, Du wärst an Joschkas Stelle – wie würdest denn Du handeln? Es wird eine Virtuosität der Rollenübernahme und des Perspektivenwechsels unterstellt und abgesehen von der Macht einer solchen politischen Position, die eben nicht von denen eingenommen werden könnte, die nicht so zu handeln bereit wären.

Passivierung der Öffentlichkeit – Abschied vom sozial-ökologischen New Deal

Auch die propagandistische Rhetorik und Manipulation verringert die Rationalität. In der Presse wird

FRÜHSTÜCKSCAFÉ
ESPRESSO - BAR
MIT SOMMERGARTEN
Kiesstraße 41
Frankfurt Bockenheim
Mo. - Fr.: 8 bis 20 Uhr
Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr
CAFÉ CK KLEMM

alles mögliche Kritische gesagt, aber gleichsam zusammenhang- und folgenlos. Die Regierung handelt jenseits der Öffentlichkeit; nicht einmal, daß Krieg ist, nicht einmal, daß die NATO sich zukünftig das Recht auf Selbstmandatierung, also das Ius belli, vorbehält, mag sie zugeben. Während in den Analysen des Bundesverteidigungsministeriums nüchtern von serbischen Polizeiaktionen gegen UCK-Kämpfer gesprochen wird, stellt Minister Scharping dieselben Vorgänge der Presse als Massaker dar. Es ist eine Gewöhnung ans Unlogische: jede Untat der serbischen Polizei und des Militärs, die doch durch den Krieg eigentlich hätte verhindert werden sollen, wird zum Anlaß weiterer und noch schärferer Bombardements. Das Motiv der Bestrafung und Rache dominiert allmählich über die menschenrechtlichen Argumente: die Serben sollen spüren, was den Kosovaren angetan wird – so als seien serbische Menschen weniger schützenswert. Die rot-grüne Regierung verwendet das Instrument des Krieges eben nicht rational und realpolitisch, sondern moralisch und überläßt sich deswegen seiner Logik, die eben die ist, die Feindschaft zu intensivieren.

Die neue Regierungskunst zielt darauf, die deutsche Öffentlichkeit abzuschleifen und sie langfristig zu passivieren. Ähnlich wie in den USA wird es auch in Deutschland zu einer Professionalisierung des Krieges kommen; auch hier sprechen Soldaten mittlerweile davon, daß sie ihren Job gut erledigen. Das zivile und das militärische Leben werden parallel nebeneinander hergehen. Es wird nicht mehr der Krieg der großen Massen sein wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der Krieg als normalisierter technischer Beruf kann tagtäglich, wie jetzt schon mit den Bombardements im Irak, ausgeübt werden.

Der Konflikt über den Balkankrieg ist letztlich ein Konflikt darüber, ob am Ende der Ritt auf dem Tiger NATO doch noch dem guten Zweck dient oder ob Anpassung und Unterwerfung droht, daß also den Kosovaren nicht geholfen ist, aber auch weiterreichende Ziele der Grünen und Linken Schaden genommen haben werden. Die Bilanz für die grünen und linken Kriegsbefürworter ist negativ. Die Grünen an der Regierung tragen nicht dazu dabei, die Arkana der Politik der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen. Die Manipulation der Öffentlichkeit wird im Gegenteil verstärkt fortgesetzt. Die Ziele der Linken und der Grünen werden nicht mehr verfolgt. Die politische Rationalität wird geschwächt. Wie in der SPD, so zeigt der Vorgang, werden rationale politische Diskussionen um Programme und Ziele um des bloßen Machterhalts und der Staatsraison entwertet. Dies gilt einseitig als Fähigkeit, politisch zu handeln. Die Entwicklung läßt ein postfordistisches Herrschaftsprojekt erkennen, an dem die Grünen zwar beteiligt sind, jedoch um den Preis, nicht mehr für einen sozial-ökologischen Kompromiß einzutreten.

Alex Demirovic

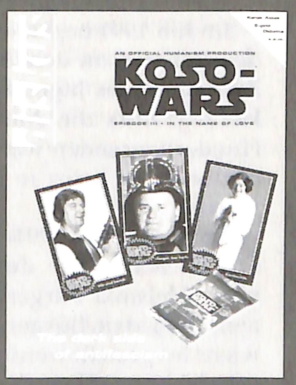
backissues!

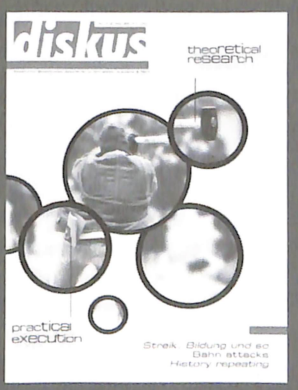
abomat!

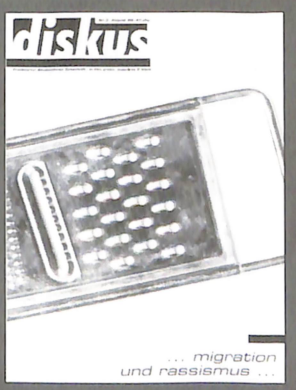
Alte Ausgaben der »extrem lesenswerten Zeitschrift« (Hallo Jochen Distelmeyer) gibts für die Portokosten, das Abo (= 4 Ausgaben) für 10 Mark in Briefmarken oder kleinen Scheinen bei:

diskus · Mertonstr. 26 – 28 · 60325 Frankfurt/M

Rabatte für WiederverkäuferInnen auf Anfrage







Themen im Maiheft 99:

- **KosoWars**
- **Kanak Attak**
- **E-Geld-Debatte**

Ein Mann, ein Volk. *Ein aggressiver Kriegstreiber und eine Einheitsfront von blutrünstigen Fußvolkserben. So und in ähnlicher Weise berichteten die Massenmedien über Land und Leute in Serbien. »Es gibt sonst nichts«, keine formulierten Ansätze einer anderen politischen Praxis, keinen Widerstand gegen das Regime Milosevic, sondern nur treue RegierungsanhängerInnen, die den Worten Milosevics ungebrochen Taten folgen lassen – derart wollte man anscheinend die Verhältnisse in Jugoslawien beschrieben wissen. Die Homogenisierung und Vermassung von Menschen serbischer*

Antikriegsbewegung in Jugoslawien

Ja, es gab und gibt sie: die Friedensbewegung in Jugoslawien! Die authentische Antikriegsbewegung im ehemaligen Jugoslawien wurde vom Staat weder finanziell noch sonstwie unterstützt. In den jugoslawischen Medien wurde kaum einmal über sie berichtet.

Im Juli 1991 begann sie in Sarajevo mit einem Friedenskonzert, an dem 300000 Menschen teilnahmen. Zu Beginn des Jugoslawien-Krieges war in Bosnien-Herzegowina die Antikriegsbewegung sehr stark. Hunderttausenden war bewußt, welche Tragödie ein beginnender Krieg in Jugoslawien mit sich bringen würde.

Im September 1991 kam es zu einer europäischen Friedenskarawane durch Jugoslawien, organisiert vom »Helsinki Bürgerkomitee«. Es sollten Kontakte zwischen den BürgerInnen Europas und Jugoslawiens hergestellt werden und Alternativen zum Krieg entwickelt werden. Diese Friedenskarawane begann in Triest mit 400 Personen und reiste durch Lubljana, Zagreb, Subotika, Novi Sad, Belgrad bis nach Skopje. Es wurden Menschenketten mit Personen aus allen vier Hauptreligionen gebildet, KatholikInnen, Orthodoxen, MuslimInnen und Juden/Jüdinnen. Diese Karawane war sehr erfolgreich, denn daran anschließend wurden viele Gruppen gegründet, die bis heute aktiv geblieben sind, darunter die »Frauen in Schwarz« in Belgrad, die Zagreber Antikriegskampagne sowie verschiedene Zentren für Menschenrechte. Internationale Kontakte wurden hergestellt. Aus dieser Zeit rühren noch immer viele Kontakte zwischen den FriedensaktivistInnen, die jeweils in ihren Teilrepubliken gegen ihre Regimes kämpfen. Von 13 verschiedenen Organisationen wurde ein Aufruf verfaßt, in dem ausgedrückt wird, es dürfe kein Menschenleben geopfert werden, egal für welche politischen Ziele. Trotzdem waren die MitstreiterInnen der Friedensbewegung nicht allzu zahlreich, fühlten sich oft als AußenseiterInnen und zweifelten an ihrer eigenen Kraft.

Eine ihrer ständigen Aktionen war ein feierliches Anzünden von Kerzen für alle, die im Krieg ihr Leben verloren hatten. Das fand vom 8.10.1991 bis zum 9.2.1992 vor dem Parlament in Belgrad statt. Zwischen 50 und 100 Menschen nahmen regelmäßig teil. Diese »Kerzenaktionen« führten zu weiteren Aktionen wie zum Beispiel der Übergabe von Petitionen für Miroslav Milenkovic.

Die Geschichte von Milenkovic stellt einen dramatischen Einzelfall im Widerstand dar, nämlich einen Fall der Kriegsdienstverweigerung. Milenkovic wurde einberufen und dann nach Ostslawonien an die Front gebracht, wo ihm eine Waffe in die Hand gedrückt wurde, mit der er fortan kämpfen sollte. Da es ihm nicht »männlich« erschien, diese Waffe abzulehnen, hat er sich vor der versammelten Mannschaft und vor den Offizieren selbst getötet.

Die Antikriegsbewegung betreute viele Fälle von Fahnenflucht. In Belgrad waren es zeitweise weniger als 10 Prozent, die der Einberufung tatsächlich nachgekommen sind. Auch anderswo in Serbien kam es zu diesem Nichtbefolgen der Mobilmachung. Meist machten das städtische junge Menschen mit Ausbildung oder Kontakt zum Westen. Auf dem Lande bedeutete eine Nichtbefolgung immer noch eine Verletzung der patriotischen Pflicht. In der jugoslawischen Verfassung ist zwar garantiert, daß der Wehrdienst aus Gewissensgründen abgelehnt werden kann. Der theoretisch vorgesehene Zivildienst dauert aber doppelt so lang. Und die Verweigerung aus religiösen Gründen wird kaum anerkannt. Dafür wird man vor einem Militärgericht zu einer Haftstrafe verurteilt. Bisher sind 300000 städtische Jugendliche der Zwangsmobilisierung entgangen, indem sie das Land verlassen haben. Aber damit haben sie ihre Rechte auf Rückkehr, auch auf ein Erbe verwirkt.

Eine weitere Kampagne der Friedensbewegung war später die Forderung, daß kein junger Mann für einen Einsatz außerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien & Montenegro) rekrutiert werden dürfe. Es wurden fast 80000 Unterschriften für eine Parlamentsdebatte über diese Frage gesammelt. Obwohl im Prinzip 100000 Unterschriften nötig gewesen wären, wäre wahrscheinlich auch dies für die Regierung kein Grund gewesen, diese sogenannten »Einberufungen zu Wehrübungen« (damit waren Kriegseinsätze in Bosnien, Herzegowina und Kroatien gemeint) einzu-

Staatsangehörigkeit in die Serben ist jedoch eine mediale Schwarz-Weiss-Inszenierung, die nicht nur das breite Spektrum einer in Jugoslawien existierenden Parteienlandschaft, sondern in besonderem Maße auch ausserparlamentarische oppositionelle Gruppen in Serbien systematisch ausblendet. Daß es langjährige und vielfältige Praktiken des Widerstands gab, die mit Einsatz des NATO-Luftangriffs sukzessive weggebombt wurden, soll mit den folgenden Beiträgen (Seite 24 - 27) zwar nicht umfassend thematisiert, zumindest aber ansatzweise sichtbar werden. (Red.)

stellen. Aber diese Kampagne hatte doch einen gewissen Einfluß auf die öffentliche Meinung.

Als die Überfälle und Bombardierungen von Sarajevo waren, wurde in Belgrad von der »Organisation des Widerstands der Bürger« mit einem schwarzen Trauerflor dagegen demonstriert. Daran nahmen 100 000 Menschen teil. Es war eine der stärksten und größten Demonstrationen gegen den Krieg. Daneben gab es aber auch Rockkonzerte unter dem Motto »Rechnet nicht mit uns!« oder pädagogische Projekte vom »Zentrum für Antikriegsaktionen«, wie zum Beispiel eine wissenschaftliche Analyse der Schulbücher, bei der untersucht wurde, inwieweit die Schulbücher patriarchalischen und chauvinistischen Inhalts sind. Es ging auch um Konfliktlösung oder die Weiterbildung von GrundschullehrerInnen in den Themenbereichen Toleranz und Vertrauensbildung.

Seit Beginn des Krieges bis zum heutigen Tage organisieren die Belgrader »Frauen in Schwarz« stille Proteste gegen Krieg, ethnische Säuberungen und die Verletzung von Menschenrechten. Lange Zeit trafen sie sich wöchentlich auf offener Straße. Gegenwärtig versuchen sie im Geheimen, Deserteuren bei der Flucht zu helfen. Der »Belgrader Kreis«, eine weitere Antikriegsgruppe, organisiert jeden Sonntagabend Treffen kritischer Intellektueller zu ihrer Verantwortung für den Krieg. Auch er ist bis heute sehr aktiv und bringt Bücher und Zeitschriften heraus. SOS-Telefone gibt es für die Opfer ethnischer und rassistischer Gewalt, ebenso einen SOS-Dienst für Frauen, Kinder und Opfer familiärer Gewalt sowie rechtliche und psychologische Hilfe für die Bedrohten. Der Staat ist offensichtlich nicht daran interessiert, sich mit dieser Gewaltproblematik auseinanderzusetzen. Auch in kleineren Städten wie Leskovac und Nis, in abgelegeneren Regionen von Montenegro und Serbien, in patriarchalischen, ländlichen Gebieten waren solche Telefone selbstorganisiert. Auch die Gewerkschaft »Frieden, Brot und Demokratie« gehört zur Antikriegsbewegung. Sie versucht durch ArbeiterInnenbildung gegen die Propaganda der Machthaber vorzugehen und dem Gerede über »nationale Interessen« und die »Gräber der Vorfahren« etwas entgegenzusetzen. Bis heute hat sich die unabhängige Gewerkschaft zu einer wahren Massenorganisation entwickelt und scheint ein wichtiger Pfeiler für den Aufbau einer politischen Alternative zu werden. Sie kann das Regime durchaus in die Zwickmühle bringen.

Der StudentInnenprotest im Sommer 1992 war im Unterschied zu späteren StudentInnenunruhen ein reiner Antikriegsprotest, eindeutig antimilitaristisch. Die StudentInnen haben für Toleranz und internationalen Dialog geworben.

Die Antikriegsbewegung wurde auch von engagierten KünstlerInnen unterstützt. Dabei möchte ich die Gruppe »Magnet« besonders hervorheben. Mit Performances provozierte sie die Öffentlichkeit und wurde deswegen von der Polizei verfolgt.

Teodora Tabacki
(Frauen in Schwarz, Belgrad)

Übersetzung: Christoph Rolle. Entnommen aus der Beilage zur *graswurzelrevolution* (April 1999). Danke.

Nachrichten aus Budapest

8. April 1999

Liebe FreundInnen,

Budapest ist zu einem Treffpunkt und Ziel für viele unserer FreundInnen, FriedensaktivistInnen, unabhängigen JournalistInnen, MenschenrechtsanwältInnen, prominenten Oppositionellen, aber auch gewöhnlichen Menschen geworden, die aus Belgrad und anderen Orten Serbiens fliehen. Leider muß ich anmerken, daß nur diejenigen, die Geld und Beziehungen haben, das Land verlassen konnten, wie es in ähnlichen Situationen immer geschieht. In den vergangenen Tagen habe ich ihre Berichte voller Angst und Sorge über ihre eigene Zukunft und die des Landes gehört. Es spiegelt nur einen Teil der Ereignisse wieder, da ich keine Ausagen direkt aus dem Kosovo erhalten konnte.

Wie Ihr alle wißt, wurden viele unabhängige Medien sofort geschlossen und ihr Vermögen beschlagnahmt. Die verbleibenden stehen unter direkter oder indirekter Kontrolle des Staates. Eine andere Quelle ist die Web-Seite der Demokratischen Partei, auf der sich die Informationen befinden, die sie von Mitgliedern und aus anderen Quellen erhalten. Es ist ihre einzige Aktivität und im Grunde die einzig mögliche. Die Leute sind folglich sehr uninformiert und in ständiger Furcht vor allem. Sie wissen kaum etwas über die Ereignisse im Kosovo. Die staatlichen Medien tragen zur Verbreitung von Furcht bei, und in den Luftschutzkellern kommt dann alles an die Oberfläche. Dort verbreiten sich leicht Gerüchte über Giftgas und radioaktive Substanzen. Das ist der Grund, warum viele unserer FreundInnen, die nüchtern zu bleiben versuchen, vermeiden, in die Schutzräume zu gehen.

Die Menschen fürchten, die verbleibenden Brükken zu überschreiten. Nur wenige tun dies am Tage und so gut wie keiner in der Nacht. Es gibt noch Lebensmittel, aber keine Zigaretten. Die größte Besorgnis gibt es offensichtlich in Novi Sad, das durch die Zerstörung aller Brücken in zwei Teile getrennt wurde. Alle Brücken nach Kroatien wurden zerstört, die Situation für die verbleibenden SerbInnen in der Gegend von Vukovar (Kroatien) wird härter.

Es ist kein Wunder, daß sich in dieser Situation viele ehemalige Oppositionelle zu Milosevic und seiner Regierung wenden. Die gleichen Menschen, die vor nur wenigen Jahren geschlagen und inhaftiert wurden, weil sie amerikanische Flaggen getragen hatten, verbrennen diese nun. Es gibt Geschichten von spontaner Gewalt und Angriffen auf albanische Geschäfte, Intoleranz gegenüber Roma usw. Die Homogenisierung, Fremdenfeindlichkeit und das nationalistische Denken ist überall präsent. Für diejenigen von Euch, die sich erinnern: das war während des Krieges in Kroatien und Bosnien nicht der Fall.

Die Kommunikation und wechselseitige Unterstützung ist der einzige Weg aus der überwältigenden Hysterie. Aus diesem Grund ist das Wichtigste ein funktionierendes Internet. Viele Server arbeiten nicht, und die noch verbliebenen funktionieren sehr schwierig und langsam. Die Aktiven der nichtstaatlichen Organisationen setzen auch ihre Aktivitäten durch die Kommunikation mit den FreundInnen im Kosovo fort, wo die Situation bei weitem am Tragischsten ist – und unter sich selbst – um Informationen auszutauschen, Ratschläge und Energie zu bekommen. Es ist bewundernswert, daß diese Aktivitäten fortgesetzt werden und daß sie sich treffen und diskutieren, wie man sich auf die neuen Umstände einstellen kann. Unter diesen Umständen entschieden sich viele zur Flucht, schlossen sich den tausenden von Oppositionellen des Regimes von Milosevic an, die in den vergangenen angespannten Jahren flohen, was weiter

Frauen in Schwarz

Seit 1991 protestiert Frauen in Schwarz in Belgrad öffentlich gegen Krieg, Nationalismus und die Verletzung von Menschenrechten. Die Organisation versteht sich als antimilitaristische, antinationalistische und feministische Organisation. Sie unterstützt zudem alle Deserteure, »egal, welcher Volksgruppe sie angehören und welches die Armee war, in deren Dienst sie gepreßt oder zum Kampf gezwungen worden waren. Denn jede Armee, auch die sogenannte ›Volksbefreiungsbewegung‹, entwickelt sich zu einer Elite, deren Hauptanliegen es ist, Macht und Privilegien für sich zu erringen und sie zu verteidigen. Wir haben die Deserteure immer als unsere Verbündeten angesehen« (Stasa Zajovic). In der Organisation arbeiten sowohl Frauen als auch Männer.

Ein Haus für Deserteure

Seit der Eskalation des Krieges in Jugoslawien sind tausende von Menschen in die angrenzenden Länder geflohen, auch Ungarn. Unter ihnen sind auch viele, die sich dem Kriegsdienst entzogen haben oder desertiert sind. Die Strafandrohungen wurden erhöht und Militärgerichte eingerichtet. Es wird berichtet, daß hunderte inhaftiert sind und die ersten zu fünf Jahren Haft verurteilt wurden. Die Grenze ist für alle Männer zwischen 18 und 60 geschlossen.

Neben den Bemühungen, den Krieg zu beenden, ist es gleichermaßen wichtig, allen Deserteuren und Militärdienstentziehern, serbischen, albanischen u. a., Schutz zu geben. Sie brauchen Asyl.

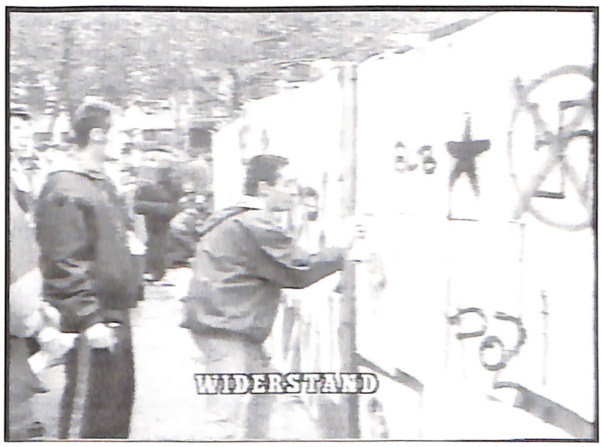
Um ein Netzwerk aufzubauen, weitere Projekte zu initiieren und den Deserteuren zu helfen, werden wir in Budapest ein »Haus für Deserteure« einrichten. Dafür bitten wir um Eure Unterstützung.

Spenden für das »Haus für Deserteure« werden erbeten auf

Konto 7085703 bei Connection e.V., Stichwort »Haus für Deserteure«, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 20 500

jede Chance des Strebens nach Veränderung vermindert. Für viele waren die NATO-Bombardements der letzte Schlag gegen die Möglichkeit einer Demokratisierung in Serbien. Nicht ein Wort davon ist in den »westlichen« Medien zu hören.

Im Moment sind mir keine Berichte über direkte Schikanen und Druck auf einzelne Oppositionelle des Regimes bekannt, abgesehen davon, daß einige Leute von der Polizei vorgeladen wurden. Die Bomben und die generelle Atmosphäre sind effektiv genug. Es gibt auch keine Berichte über die Anwendung extremer Kriegsmaßnahmen gegen Militärdienstentziehung und Desertion. Dennoch haben viele Männer Angst und verstecken sich.



Mit der Verstärkung der NATO-Bombardements verschwindet jede Hoffnung auf eine Lösung des Kosovo-Problems, für die Demokratisierung in Serbien, für Stabilität und Wohlstand auf dem Balkan.

Zur Sicherheit des Autors/der Autorin wurde der Text anonymisiert. (Übersetzung: Rudi Friedrich)

Für die freundliche Genehmigung der drei Texte: Dank an Connection e.V., Offenbach.

Mauer mitten im Meer

Besonders neu ist dieser Traum nun wirklich nicht: Für ein Europa ohne Grenzen gingen Jugendliche schon in den Fünfziger Jahren auf die Straße. Ein Europa aber, in dem nicht nur die Schlagbäume an den Binnengrenzen der Schengenländer fallen, sondern in dem das Recht auf Freizügigkeit für alle Menschen gilt, erscheint mittlerweile unwirklicher denn je. Die Grenzgegner von heute machen auch gar keinen Hehl daraus, daß sie sich selbst für Träumer halten: »Wir sind die Gespenster, die nach wie vor Europa hinterherjagen«, hieß es in einem Aufruf, der seit Wochen unter dem Titel »Von Skandinavien nach Albanien« im Internet zirkulierte.

Kurz nach Schluß der offiziellen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte und während sich in Wien die Regierungschefs der EU versammelten, haben in der vergangenen Freitagnacht knapp 400 Bürgerrechtsaktivisten aus mehreren Städten Italiens sowie verschiedenen Ländern Europas den »Intercity Night« von Mailand nach Brindisi besetzt. Aufgerufen hatten die »Centri Sociali«, eine Jugendbewegung, die seit Mitte der 80er Jahre für selbstverwaltete Räume in Italiens Städten kämpft. »Zug der Träumer« nannten sie ihre Unternehmung: Ohne den Fahrpreis zu zahlen und ohne dabei auf nennenswerte Gegenwehr zu stoßen, kamen die Aktivisten nach einer zwölfstündigen Zugfahrt in Apulien an, um von dort über den Kanal von Otranto in die albanischen Hafenstadt Vlore überzusetzen.

Träume gehen schließlich oft die umgekehrten Wege. Anstelle der aus den Fernsehbildern bekannten, mit Flüchtlingen überladenen Schiffe, die die gefährliche Überfahrt auf illegalem Weg riskieren, charterten die Träumer bei einer Reederei die Autofähre »Illyrus« und starteten die Reise in die entgegengesetzte Richtung. »Traghetto della cittadinanza universale«, Schiff der Weltbürgerschaft wurde das Boot getauft und gemeint sind damit gleiche Rechte für alle, egal aus welchem Land sie kommen. Um sich schon einmal vorzustellen, was eine solche Weltbürgerschaft bedeuten könnte, gelang es den Italienern, mit einigem Verhandlungsgeschick zumindest an diesem Wochenende alle Grenzkontrollen zu passieren, ohne je Reisepässe vorzuzeigen. Mit dem »Pakt von Valona«, wie Vlore auf italienisch heißt, soll dies nun auch Flüchtlingen und Migranten ermöglicht werden: Angekündigt wurde der Aufbau eines Informationszentrums in der albanischen Hafenstadt, um die Einreise in die Europäische Union zu erleichtern.

Was auf den ersten Blick bloß dreist wirkt, zielt schließlich gegen absurde Wirklichkeit eines geteilten Europas und mitten ins Herz der Schengener Verträge. Deren restriktive Einreisebestimmungen haben Europa einmal mehr gespalten. Wo noch bis vor kurzem der »Eiserne Vorhang« verlief, haben einzig die Betreiber des Grenzregimes gewechselt. Im Mittelmeerraum jedoch haben die Schengener Bestimmungen eine erheblich größere Brisanz:

Zwischen Ländern, die noch vor kurzem oder endlich wieder Nachbar- oder Anrainerstaaten sind, wurden plötzlich Grenzen gezogen, die über Jahrhunderte hinweg gewachsene kulturelle und ökonomische Wechselbeziehungen von einem Stichtag auf den anderen kappten.

»Keine Mauer mitten im Meer!« stand in albanischer und italienischer Sprache auf Transparenten, die längs der Sprossenwände in der Turnhalle von Vlore aufgespannt waren. Nach achtstündiger Schiffahrt waren die Aktivisten mit dem Einbruch der Dunkelheit in Albanien gelandet, wo bereits seit Stunden Hunderte von Menschen mit Blumen in den Händen auf das Eintreffen des Schiffes warteten. Straßenbeleuchtung gibt es in Vlore nicht und nachts ist die Angst vor den bewaffneten Banden, die die 160 000-Einwohner-Stadt regieren, groß. Ein umso eindrucksvolleres Symbol war der Fackelzug, der sich die lange Mole hinunter zum Sportzentrum auf den Weg machte. An der Spitze ging der Bürgermeister von Vlore, begleitet von Abgesandten der Stadtverwaltungen von Venedig und von Monopoli, einer apulischen Küstenstadt, deren Einwohnerschaft sich seit Jahren vorbildhaft um die Aufnahme albanischer Flüchtlinge bemüht.

Kurz vor der Küste hatte ein Boot neben OSZE-Vertretern bereits den albanischen Kultusminister Edi

Café
Casablanca
In der Casa di Cultura e.V.
sucht Stammgäste
täglich 18°° bis 1°° Uhr
Bockenheim: Adalbertstr. 36 H
Tel. 7077548

Rama an Bord der Fähre gebracht. Er ist ein weit über die Grenzen Albaniens hinaus bekannter bildender Künstler, war seinerzeit der erste, der öffentlich gegen die Hodsha-Diktatur protestierte und auch früh gegen Berisha mobil machte. Bei der feierlichen Begrüßung der »inoffiziellen Botschafter Italiens« sagte Rama: »Es geht um das Recht, dahinzugehen, wo wir wollen, so oft wir wollen und solange wir wollen – ohne dabei als Kriminelle oder Diebe diffamiert zu werden.« Und der Rapper von »Assalti Frontali« schlug unter tosendem Applaus vor: »Leute, kommt nach Rom, aber laßt euch unterwegs nicht erwischen!«

Kanal von Otranto wird die Meerenge zwischen Albanien und Apulien genannt. Seit dem Beitritt Italiens Ende 1997 ist dieser Teil der Adria die Achillesferse der Schengenländer und seit dem 28. März vergangenen Jahres ein Massengrab: 81 Menschen kamen bei dem Schiffsunglück um, als ein Boot der italienischen Marine ein albanisches Flüchtlingsschiff versenkte, vierzig Leichname hat das Meer nie wieder zurückgegeben. Die Hinterbliebenen der Opfer haben sich in Komitees auf albanischer und italienischer Seite zusammengeschlossen und Aferdita Bani, die Präsidentin der Vereinigung, schleuderte am Nachmittag ihre Frage wieder und wieder gegen die Fluten: »Wer hat unsere Kinder getötet?« Zum Gedenken an die Opfer des Schiffsbruchs und die Hunderte von Menschenleben, die das Schengener Grenzregime in den vergangenen Jahren kostete, flogen in einer Schweigeminute zahllose Blumen in die graue Adria. »Unser Europa hat keine Grenzen« skandierten die Aktivisten danach und fügten trotzig hinzu: »Wir sind alle Illegale!«

Die Erbitterung und Entschlossenheit, mit der Italiener und Albaner am Wochenende gemeinsam gegen die europäische Abschottungspolitik opponierten, fußt darauf, daß Migrationsbewegungen in Italien wesentlich festerer Bestandteil des politischen und kulturellen Alltagsbewußtseins sind als hierzulande. Selbst Präsident Scalfaro sagte letzte Woche in Melbourne, einer Stadt, in der jeder zweite Einwohner Nachkomme italienischer Einwanderer ist: »Europa darf seine Türen nicht verschließen!« Aussagen, die sich in Deutschland kaum jemand mehr offen auszusprechen traut, und nicht nur mit einer mediterranen Mentalität zu erklären sind, die sich schon im Faschismus der vollständigen Umsetzung der deutschen Rassegesetze entzog.

Der Philosoph Giorgio Agamben rückte kürzlich in einem Interview die Logik der Internierung und Seggregation von Menschen ohne jedes Bürgerrecht in die Nähe zu Schutzhaft und Konzentrationslagern. Ende Oktober wurde in Triest dann ein ganzes Abschiebelager, hinter dessen Mauern unerträgliche Bedingungen herrschten, nach lautstarken Protesten geschlossen. In dieser Woche lief außerdem die Frist ab, innerhalb der sich illegale Einwanderer in Italien legalisieren lassen können. Die Regierung hat vorab eine Quote von 38 000 Personen festgelegt, für die die Regularisierung gelten soll, doch der Papst geht noch weiter. Er forderte, mit einer »Amnestie 2000« alle der rund 200 000 »Clandestini«, wie illegale Einwanderer in Italien heißen, mit ordentlichen Aufenthaltstiteln auszustatten.

Daß es dahin oder gar bis zur Weltbürgerschaft noch ein langer Weg ist und vielerlei Auseinandersetzungen geführt werden müssen, wurde den Aktivisten auf der Rückreise bewußt. Als der griechische Kapitän sich aus unerfindlichen Gründen weigerte, drei albanische Kinder mit an Bord zu nehmen, die dringende medizinische Versorgung in Italien benötigten, kam es zum einzigen ernsten Zwischenfall der ganzen Reise: Erst nach zwei Stunden, einer kleinen Schlägerei und nachdem sich einige der Passagiere aus Protest über die Reling hängten, lenkte der Kapitän ein und ließ die Kinder einsteigen.

Florian Schneider

Dieser Text liegt seit Mitte Dezember 1998 auf den Internetseiten von *kein mensch ist illegal*: www.contrast.org/borders/kein

kein mensch ist illegal

Das Handbuch zur Kampagne erscheint Ende Juni. In praktischen Handreichungen, Berichten, Reportagen, Gesprächen und Polemiken wird genau zwei Jahre nach dem Start der Kampagne auf der documenta X ein aktueller Zwischenstand der Auseinandersetzungen vorgestellt.

kein mensch ist illegal, ID-Verlag Berlin, 144 Seiten, DM 16

Aufruf zu antirassistischen Aktionen

Grenzen sind da, um überschritten zu werden. Ihre Bedeutung tritt erst dann zu Tage, wenn sie verletzt werden. Gegen welche Formen von Übertretung der Staat Vorkehrungen trifft, gibt einigen Aufschluß über die innere Verfaßtheit der Gesellschaft.

Alle wissen, daß es heutzutage für Geld, Waren und Kapital immer leichter wird, die Grenzen nationalstaatlicher Territorien zu überqueren, daß das Verbreitungsgebiet von Informationen nicht mehr eingegrenzt werden kann und daß soziale, politische oder ökonomische Widersprüche nicht mehr auf nationale Angelegenheiten zu reduzieren sind.

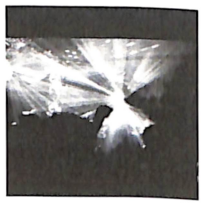
Auch Menschen lassen sich von jeher nur schwer daran hindern, Grenzen zu überschreiten. Die Entscheidung über den Aufenthaltsort in die eigene Hand zu nehmen, mag für die einen selbstverständlich sein, andere haben oft existenzielle Gründe und fliehen vor Verfolgung, Ausbeutung und Krieg, sehen in ihrem Herkunftsland keine Perspektive. Wieder andere wollen eben gerade einige Zeit in einem anderen Land verbringen.

Gleichgültig wozu und weshalb – bestimmte Grenzen zu passieren, ist für die meisten Menschen dieser Welt heute schwerer denn je. Die Territorialgrenzen mancher Nationalstaaten werden zur Zeit ersetzt durch neue Grenzen, die nicht nur als Demarkationslinien zwischen Wohlstand und Armut fungieren: Mobilität und Bewegungsfreiheit sind ein Privileg, das wiederum neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse stiftet.

Das Grenzregime besteht nicht mehr aus den herkömmlichen Befestigungsanlagen. Grenzen markieren vor allem Zonen, in denen neue Kontroll- und Überwachungstechnologien erprobt werden. Grenzen falten und verschieben sich: im Landesinneren und in Drittländern, Innenstädten und überregionalen Verkehrswegen, Bahnhöfen, Computern und Behörden. Das ganze Land ist Grenzgebiet. Die Kontrollen sind überall verdachtsunabhängig und es sind Gesichtskontrollen.

Um die neuen Grenzen durchzusetzen, schürt die Politik ein Klima von Verunsicherung und Verrat, das Zustimmung zu den bevölkerungspolitischen Aus- und Einschlußkriterien herbeiführen soll. Grenze beinhaltet heute nicht nur Hochrüstung paramilitärischer Patrouillen und drakonische Strafen für Grenzdelikte, sondern auch Denunziationsappelle, gezieltes Schüren von Ressentiments und in vieler Hinsicht nichts anderes als Gehirnwäsche: Die einst heroisierte Gestalt des Fluchthelfers wird in der Eigenreklame der Grenzschützer umgedeutet und ist heute als »Schlepper« oder »Schleuser« Staatsfeind Nummer eins.

Das 99er Camp ist der nächste Versuch, der Verschleierungs- und Denunziationskampagne zu widersprechen und gleichzeitig alle Menschen zu unterstützen, die sich dieser Maschinerie widersetzen wollen oder müssen. Unsere Mittel sind Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktische Experimente, hinterhältiges Amusement und gezielte Irritationen. Unsere Absicht ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern ihr wo immer möglich Einhalt gebieten.



Der Kampf gegen Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe.

Sabotiert das Grenzregime!

Bereits im Sommer letzten Jahres belagerten einige Hundert AktivistInnen zehn Tage lang die deutsch-polnische Grenze bei Görlitz. Der 48-stündige Rave, die spektakuläre Eröffnung dreier neuer Grenzübergänge, ein Taxikonvoi, eine Demonstration in Freiberg, ein »Knastbeben« am örtlichen Gefängnis und schließlich die komplette Besetzung des Grenzflusses Neisse mit Booten, SchwimmerInnen und Schaulustigen waren Höhepunkte der Aktionswoche.

Daneben gab es Konzerte und Umzüge mit Soundsystems, Streetball und Nachtspaziergänge, Filmabende, Diskussionsveranstaltungen und Spaßguerilla-Aktionen wie der triumphale Zieleinlauf des

GRENZCAMP 99

im Dreiländereck BRD-Polen-Tschechien vom 7. bis zum 15. August 1999

»kein mensch ist illegal«-Teams bei der zweiten Etappe der Sachsenrundfahrt für Radamateure.

Das Camp 98 war aber nur der Auftakt. Vom 7. bis zum 15. August 1999 werden die Zelte diesmal bei Zittau im polnisch-tschechisch-deutschen Dreiländereck aufgeschlagen. Geplant ist ein Camp, das vor allem wesentlich vielfältiger werden soll: Neben den antirassistischen und antifaschistischen Gruppen beteiligen sich Polit- und MedienaktivistInnen, Radio- und Video-Piraten, MusikerInnen, DJs, KünstlerInnen und Menschen aus allen Teilen Europas an der Vorbereitung und Durchführung des Grenzcamps. Darüber hinaus rufen antirassistische Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern zu zeitgleichen Grenzaktionen an anderen Schengen-Aussengrenzen auf.

Grenzen sind überkodierte Orte, und so haben auch praktische Interventionen im Grenzgebiet notwendigerweise einen starken symbolischen Charakter. Doch eröffnet sich dort zugleich ein weites Feld an Interventionsmöglichkeiten – von Aktionen der Kommunikationsguerilla über klassische Aufklärung bis hin zur effektiven Störung. Wenn die Grenzsicherung der Behördenpropaganda zufolge vor allem in der gezielt geschürten Denunziationsbereitschaft breiter Teile der Bevölkerung besteht, heißt Sabotage am Grenzregime, eben diese Denunziationsbereitschaft zu verstören.

Die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen bieten einen weiteren Anlaß, rassistische und kriegerische Parteien mit Gegenstandpunkten zu konfrontieren. Entscheidendes Arbeits- und Funktionsprinzip des Camps wird gegenseitiger Respekt und das nichthierarchische Ineinandergreifen verschiedener Aktionsformen und Zugangsmöglichkeiten sein. Uneinigkeiten, zum Beispiel über das Nebeneinander von klassischer und neuer Medienarbeit, politischen Perspektiven oder analytischen Kategorien, sollen in Diskussionsrunden innerhalb des Camps oder bereits im Vorfeld produktiv gemacht und nicht programmatisch aufgelöst oder ausgeschlossen werden. So sind neben Aktionen und Konzerten eine Reihe von Workshops und Veranstaltungen geplant, um die inhaltlichen Diskussionen zu führen, für die im Alltag der meisten AktivistInnen keine Zeit bleibt. Wir werden neue Schwerpunkte antirassistischer Politik ausloten und neue Aktionen für Herbst und Winter planen. Gemeinsam mit TeilnehmerInnen aus osteuropäischen Ländern wollen wir die Verlagerung der Abschottung an die Grenzen der östlichen Nachbarländer diskutieren und Handlungsansätze gegen die in diesen Ländern auf Druck der Europäischen Union einsetzende Illegalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen entwickeln.

Kontakt & Info:

Grenzcamp 99
c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Telefon: 0172/8910825
Fax: 06131/184892
e-mail: grenze@ibu.de
www.contrast.org/borders/kein

Mailinglist: [cross-l]
Subskribierungen bitte an: listserv@relay.crg.net
SUBSCRIBE CROSS-L

e-mails, Faxe und Briefe mit dem Stichwort »Grenzcamp« kennzeichnen!
Es kann auch eine Dokumentation und ein Film über das Grenzcamp 98 bestellt werden.

Reaktionen aus dem Rechts-extremismus

Der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr markiert einen tiefen Einschnitt in die Geschichte der Bundesrepublik – ganz gleich, welche Rechtfertigungen die Kriegspropaganda dafür bietet. Noch sind Verlauf und Folgen dieses Krieges nicht absehbar. Es zeichnet sich aber jetzt schon ab, daß in naher Zukunft weitere Kriege mit deutscher Beteiligung stattfinden werden. Was bis vor kurzem noch undenkbar schien, wird bald zur Normalität werden. Auch wenn sich die große Mehrheit der extremen Rechten aus taktischen Gründen und aus Antiamerikanismus verbal gegen diesen Krieg stellt, gehört wenig Prophetie zu der Prognose, daß die neue Situation ihr erheblich nutzen wird. Verherrlichung des Krieges, Träume von einer deutschen oder deutsch-dominierten europäischen Großmachtpolitik, Ethnopluralismus und Geopolitik – alle diese Konzepte gewinnen in der neuen Situation an Brisanz. Was bisher nur in kleinen Zirkeln gepflegt und diskutiert wurde, könnte schon bald breitere Attraktivität gewinnen. Umso wichtiger wird die kritische Beobachtung und Analyse dessen, was in der rechten Szene vor sich geht und in welchem Verhältnis sie zur politischen »Mitte« steht. Erste Reaktionen auf den Krieg:

Nach dem Beginn des Krieges der NATO gegen Jugoslawien ließen die ersten Stellungnahmen aus der rechten Szene nicht lange auf sich warten. Es gäbe eine Menge Gründe von Seiten der Rechten, diesen Krieg begeistert zu feiern. Die Kosovo-Untergrundarmee UCK ist ein Musterbeispiel für eine ›befreiungsnationalistische‹ Bewegung ohne den geringsten Bezug auf verhaßte Werte wie Gleichheit, Demokratie o.ä. und ohne geringste Skrupel bei der Anwendung ihrer Mittel. In der Vergangenheit mußten sich deutsche Neonazis noch als Söldner in Kroatien verdingen, um beim ersehnten Krieg dabei zu sein – in Zukunft dürften da einfachere und legale Möglichkeiten offenstehen, sich in Stahlgewittern als Mann zu bewähren.

Der kriegerische Geist in der Öffentlichkeit sollte eigentlich von der Rechten begrüßt werden, denn er wird ihr mit Sicherheit zugute kommen. Der Krieg wird schließlich von ihnen als Ausdruck der menschlichen Natur angebetet. Auch die faktische Kaltstellung der verhaßten, als Konsequenz aus dem Sieg über den Faschismus gegründeten UNO und des ›universalistischen‹ Völkerrechts sollte ganz im Sinne der Rechten sein. Die Nachkriegsweltordnung und die damit verbundenen Einschränkungen für die deutsche Politik wurden endgültig ad acta gelegt - eigentlich ein Grund für die Rechte, die Sektkorken knallen zu lassen. Dennoch reichte dies alles den ›nationalen Bürgern‹ nicht aus, um in der Stunde der Gefahr dem Vaterlande beizustehen und einen Burgfrieden zu schmieden. Offenbar ist der Haß auf den ›Hauptfeind USA‹ das entscheidende Motiv dafür, daß fast die gesamte rechte Szene seit Beginn der Kampfhandlungen den Jugoslawien-Krieg in scharfen Worten ablehnt. Einen deutschen Krieg würde man bejubeln – genauer gesagt eine kriegführende NATO ohne USA und unter deutscher Führung. Solange diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, argumentiert man, hier handle es sich um einen Krieg für die Interessen der USA, die Bundesregierung sei nur deren Marionette. Liest man einige einschlägige Verlautbarungen, hat man oberflächlich betrachtet fast den Eindruck, man habe es mit einem radikalen Teil der Friedensbewegung zu tun. Dies wird sicherlich noch eine Rolle spielen, falls es – ähnlich wie im Golfkrieg doch noch zu größeren friedensbewegten Aktionen kommen sollte. Es ist zu erwarten, daß Neonazis versuchen werden, sich dabei zu profilieren. Bereits jetzt ist absehbar, daß solche Auftritte Friedensaktionen in der Öffentlichkeit diskreditieren werden. Nebenbei werden bereits jetzt die zu erwartenden Flüchtlingsströme von den Neonazis als Zielscheibe ins Visier genommen.

Stefan Jacoby

Aus den *DISS-Archiv-Notizen*, März 1999. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung analysiert – vom *Ostpreußenblatt* bis zur *Jungen Freiheit* – u.a. regelmäßig Publikationen aus dem Bereich des Rechtsextremismus. Im Internet zu finden unter members.aol.com/dissdui

Auschwitz: Zerbricht das Tabu?
Der Kampf zwischen Bubis und Walser
National-Zeitung
Martin Walsers Rede dokumentiert die rhetorische Sprachlosigkeit
„ganz normales Volk"?
wird in die Geschichte eingehen. Die Rede
der Beginn der Befreiung Deutschlands
eine politisch korrekte Persönlichkeiten, d
Sind wir ein

Endlich ein normales Volk?
Vom rechten Verständnis
der Friedenspreis-Rede Martin-Walsers –
eine Dokumentation
Herausgegeben von
Martin Dietzsch,
Siegfried Jäger und
Alfred Schobert
DISS 1999, 110 Seiten,
DIN A4, 25,– DM
ISBN 3-927388-71-8

Über die Verwandlung von »Asylanten« in »Flüchtlinge« durch den Krieg und ihre künftige Rückverwandlung

Bei der bisher dritten und größten Vertreibungsaktion gegen Kosovoalbaner, die durch den schlagartig und hochstufig am 24. März 1999 einsetzenden Eskalationskrieg der NATO wenn nicht ausgelöst, dann auf jeden Fall unendlich verstärkt wurde, handelte es sich zunächst wiederum um klassischen »anti-subversive warfare«. »Operation Hufeisen«: früher in Vietnam hieß das »Einkreisungs- und Vernichtungsoperation« gegen Partisanenkräfte. Solche Operationen sind grausam und abscheulich genug, sie haben es nicht nötig, aus ihrem strategischen Kontext gerissen und als pure diabolische Brutalität »der Serben« vollends irrationalisiert zu werden. Die dritte Anti-Guerrilla-Operation gegen die UCK mit der parallelen Massenvertreibung (»dem Fisch das Wasser entziehen«) war eben bereits die dritte. Die erste fand im Frühsommer 1998 und die zweite im Herbst 1998 statt. Jedesmal zog sich die UCK (»der Fisch«) zusammen mit der vertriebenen Bevölkerung (»dem Wasser«) zurück und rückte nach dem »Sieg« der Antiguerrilla-Strategen mit dieser Bevölkerung zusammen wieder zurück an den Ausgangspunkt. (Genau wie in Vietnam.) Natürlich kann niemand verlangen, daß deutsche Politiker und Medien ein Gedächtnis besitzen, das länger als der gestrige »Brennpunkt« zurückreicht, doch gibt es ja noch Zeitungen in Archiven.

Wie titelte die *Berliner Zeitung* am 11. Juni 1998? »US-Präsident Bill Clinton zum Militärschlag im Kosovo bereit. Westen will ethnische Säuberungen verhindern. Rußland sperrt sich. Bundeskriminalamt warnt vor Kriminalität von Albanern in Deutschland.« Damals war die Begründung des Krieges noch klar und deutlich: »In der Bundesregierung herrscht Einigkeit darüber, daß sich eine Flüchtlingsbewegung wie beim Bosnien-Konflikt keinesfalls wiederholen dürfe. In Bonn wird damit gerechnet, daß der Großteil der Flüchtlinge nach Deutschland kommen würde. In Bonn werden Sorgen wegen der Kriminalitätsrate unter Kosovo-Albanern in Deutschland geäußert.« In einem internen BKA-Bericht von 1997 heißt es, bei der Kriminalität unter Albanern in Deutschland »handelt es sich um ein ständig wachsendes Problem«, das verstärkt werde »durch die Aggressivität und hohe Mobilität ethnisch-albanischer Straftäter« und das »ihnen zur Verfügung stehende, gut ausgebaute internationale Netzwerk.« Albanergruppen seien am Heroinhandel aus der Türkei beteiligt und strebten beim Drogenhandel und im Rotlichtmilieu die »regionale Monopolstellung« an.

Man muß es vielleicht wiederholen: Diese Kosovo-Albaner mit der extrem hohen Kriminalitätsrate, diese Spitzengangster des Heroinhandels und des Rotlichts sind die gleichen Kosovoalbaner, für die unsere Tornados seit dem 24. März 1999 Belgrad zerbomben und für die die Fernsehzuschauer von 1999 die größte bisherige Spendenaktion überhaupt zustande gebracht haben. Auch damals sollte allerdings bereits mit Tornados bombardiert werden: Aber im Klartext, um diese Leute aus Deutschland fernzuhalten.

Warum sieht bei der dritten »Operation Hufeisen« (die wie gesagt durch die Tornados entweder ausgelöst oder unendlich verstärkt wurde) nun plötzlich alles anders aus? Wieso führen wir jetzt angeblich für diese Leute mit der hohen Kriminalitätsrate Krieg? Wieso konnte zu Beginn der ersten Vertriebenenwelle des Krieges zunächst gemeldet werden, Deutschland sei bereit, 40000 Kosovoalbaner aufzunehmen? (Am nächsten Tag warens nur noch 10000, später wieder 15000: totales Chaos in Bonn?) 40000 – das wäre eine ganze »normale Jahresrate« von »Asylanten« (nach der GG-Änderung) gewesen oder sogar etwas mehr!

Die Geschichte der Aufnahme und Abwehr albanischer Flüchtlinge (zunächst aus Albanien, dann dem Kosovo) werden wohl erst die Historiker schreiben. Aber auch der Fernsehzuschauer wird sich doch zumindest noch an die an der Adriaküste landenden überfüllten Schiffe erinnern, die alsbald als Bedrohung unseres eh schon »zu vollen Bootes« und – nach einer ersten Welle des Mitleids – als besonders anfällig für Kriminalität erschienen. Die Frage lautet also, wie die humanitär-bombardierenden Menschenrechtsverteidiger (neue Aufgabe der NATO) die guten Flüchtlingsmassen von den bösen unterscheiden, damit man »die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen« tun kann (ist doch unsere Aufnahmekapazität »schon längst überschritten«)? Seit dem 24. März, seitdem Deutschland im Schoße der NATO (wieder) in Jugoslawien Krieg führt, scheint das Kriterium glasklar geworden zu sein: gute Flüchtlinge, die unser Mitleid verdienen und von denen wir mindestens eine symbolische Quote aufnehmen müssen, sind solche, deren Menschenrechtsverletzung uns zum Krieg und zur High-Tech-Bombardierung zwingt. Was aber wird aus diesen Flüchtlingen werden, wenn »der Westen« genug von diesem Krieg oder anderswo einen anderen »neuen Hitler« ausfindig gemacht hat? Dann wird von diesen Flüchtlingen die Rückkehr in die verbrannte Erde ihrer Heimat verlangt werden: Ihr Status wird sich radikal ändern; aus Menschen, denen die Entbehrungen und die traumatischen Erlebnisse ins Gesicht geprägt sind, die all ihr Hab und Gut aufgeben mußten, werden wieder »rückzuschiebende« »Mafiosi« und »Kriminelle« werden, die den bekannten Pogromstimmungen und Brandanschlägen ausgesetzt sein werden (welche bei uns allerdings gottseidank demokratisch und nicht wie unter dem Schlächter Milosevic verlaufen).

Es klingt zynisch, den kosovoalbanischen Flüchtlingen ein solches Schicksal nochmaliger Vertreibung vorauszusagen, just in dem Moment, wo Flüchtlinge hier endlich einmal wieder »Flüchtlinge« genannt werden und nicht »Asylanten« bzw. »wirtschaftskriminelle Scheinasylanten«. Noch zynischer wäre es allerdings, die Augen davor zu verschließen, daß das Auswärtige Amt bis zum Kriegsausbruch (vgl. den Bericht der *FR* vom 23. 4.) behauptet hat: »Eine explizit an albanische Volkszugehörigkeit anknüpfende politische Verfolgung ist auch im Kosovo nicht festzustellen« (so das AA an das Verwaltungsgericht Trier am 12.1.1999 – nach bereits zwei Anti-UCK-Operationen!). Diese Haltung hat das AA nach dem Bericht bis zum Kriegsausbruch in den Asylverfahren, wo es ja um »Asylanten« geht, vertreten. Man kann daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß die Vertreibung der Kosovoalbaner »erst die Folge der Kriegsereignisse nach dem Beginn der NATO-Luftangriffe war« (so die Juristenvereinigung Ialana laut *FR*). Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Jeder weiß, daß auch vorher Kosovoalbaner geflüchtet sind, bloß daß sie da noch »Asylanten« waren, denen man die politische Verfolgung aberkannte.

In »Flüchtlinge«, denen wir helfen und von denen wir eine symbolische Quote aufnehmen müssen, wurden diese »Asylantenströme« erst durch das NATO-Bombardement verwandelt. Bevor sie neuerlich rückvertrieben werden, wird der mediopolitisch-humanitäre Diskurs sie wieder in »Kriminelle« verwandelt haben. Eine solche Prognose ist pessimistisch und bitter – aber seherische Qualitäten verlangt es nicht: schon am 21. April 1999 enthält die Titelseite der *WAZ* zwei kurze Nachrichten untereinander: »Debatte um Flüchtlinge aus dem Kosovo«. Hier wird berichtet, daß der vorläufige Aufnahmestopp für Kosovo-Flüchtlinge von mehreren CDU-Politikern mit dem Hinweis gerechtfertigt worden sei, »daß einige Kosovo-Albaner Kriminelle seien.« In der zweiten Kurznachricht »Verletzte bei Brandanschlag auf Asylheim« wird darunter von vier in Freiberg verletzten »Menschen« berichtet (ohne »ethnische« Angabe). Rechnet man diese Tendenzen hoch, so werden in der Neuen NATO-Welt-Ordnung »gute Flüchtlinge« nur noch zur Rechtfertigung von Kriegen entstehen – so wie überhaupt bloß noch Kriege »humanitär« sein werden.

Ulla Link-Heer

Entnommen mit freundlicher Genehmigung aus dem Sonderheft »Im Auge des Tornados« von *DISS-Journal* und *kulturRevolution* (Mai 1999).

Jungle World.

Immer mittwochs. Immer gefährlich.

Probe-Abo

☐ Ja, ich will Jungle World
8 Wochen für 20 Mark testen.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

diskus

Jungle World · Lausitzer Str. 10 · 10999 Berlin

impressum

diskus • Frankfurter StudentInnen Zeitschrift

Heft Nr. 2, Juni 1999 · 48. Jahrgang

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28, 60325 FfM

Fax: (069) 70 20 39

e-mail: diskus@copyriot.com

Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen:
Sonja Buckel, Thomas Höhne, Wolfgang Hörbe, Alexandra Rau, Katja Wießner

Redaktion:
Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe, Serhat Karakayalı, Ophelia Lindemann, Tanja-Maria Müller (ViSdP), Bodo Pallmer, Alexandra Rau, Christian Sälzer, Uta Schirmer, Uli Spenkoch, Esther Uhlig, Katja Wießner

Videostills:
»Ich habe gedacht, daß morgen die Welt untergeht« – Video über die Belgrader Anti-Kriegsbewegung Juni bis November 98 von Sandrina Andjic

Satz: boutique buechs & hoerbe

Druck:
Druckerei- und Verlagskollektiv Gutleut e. G.

Auflage: Achttausend
Erscheinungsweise: Vierteljährlich
Preis: In Frankfurt gratis, auswärts 5 Mark

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

Druckerei
und Verlagskollektiv Gutleut e.G.

Schönstr. 8
60327 Frankfurt
www.druck-kollektiv.de

Fon: 069-24 27 19 24
Fax: 069-24 27 19 25
e-mail: post@druck-kollektiv.de

Humanosan® Forte. Hochdosiertes Aufbaupräparat mit reinen Sonnenblumen- und Rotnelkenextrakten zur Beruhigung und Schlafeinleitung.

Ein Produkt der NeuenMitte™ AG, Berlin.

Bei Präzisionsfehlern und Kollateralschäden
fragen Sie Ihren Ohrenarzt oder Außenminister.